

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.23 - 65. Jahrgang

28. November 2015

Im Zeichen der Solidarität mit Paris

Vom 27.11. bis 29.11.2015 trifft sich eine Delegation der SPD Berlin mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß an der Spitze in Paris mit Vertreterinnen und Vertretern der PS Paris.

„Nach den Attentaten von Paris ist es uns besonders wichtig, an dem lange geplanten Besuch in Paris festzuhalten, als Zeichen unserer Solidarität und unserer Freundschaft. Die Delegationsreise im Rahmen unserer Partnerschaft mit der Parti Socialiste bekommt nun aber einen besonderen Charakter. Wir wollen zeigen, dass wir gerade in diesen schwierigen Zeiten eng zusammenrücken“, erklärte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß.

Auf dem Programm stehen u. a. eine Gedenkzeremonie mit Rémi Féraud, Bürgermeister des 10. Arrondissements und Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament, und François Vauglin, Bürgermeister des 11. Arrondissements. Beide Arrondissements sind jeweils mit Kreisen der Berliner SPD befreundet. Zugleich waren beide von den Anschlägen besonders betroffen. Außerdem wird die Delegation mit dem Landesvorsitzenden der PS Paris Emmanuel Gregoire zusammentreffen, auf dessen Einladung der Besuch erfolgt.

Die Reise war schon länger im Rahmen des regelmäßigen Austauschs zwischen den beiden Parteien geplant. Zwischen der SPD Berlin und der PS Paris besteht eine enge Freundschaft. Bereits im Jahr 2003 wurde ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Seither gibt es zwischen den Berliner Bezirken und den Pariser Arrondissements jährlich Besuche und Gegenbesuche der jeweiligen Parteigliederungen.

Die Berliner SPD hatte ihren Landesparteitag am 14. November, dem Tag nach den Abschlüssen, vorzeitig beendet, um den Delegierten die Teilnahme am Gedenken vor dem Brandenburger Tor zu ermöglichen. **BS □**

SPD Berlin:

Das „Füreinander“ stärken

Michael Müller: „Wir können Großstadt“

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat den Anspruch der SPD bekräftigt, eine Politik für die gesamte Stadt zu machen. Es gehe darum, füreinander zu arbeiten, sagte er auf dem Landesparteitag der Berliner SPD: „Für die Menschen, die schon lange da sind und die, die jetzt zu uns kommen.“

„Wachstum menschlich gestalten - Füreinander“, so das Motto des Parteitags, der ganz im Zeichen der Solidarität stand: der Solidarität nach den Anschlägen von Paris, aber auch der Solidarität mit den nach Berlin geflüchteten Menschen. In ihrer Resolution zur Flüchtlingspolitik bekräftigten die Parteitagdelegierten: Keine Gruppe dürfe gegen eine andere ausgespielt werden, Solidarität müsse für alle gelten.

Im Congresszentrum am Alexanderplatz wurden unter dem Motto „Füreinander“ an den Seitenwänden einige der bisherigen Erfolge dargestellt: „1 Mrd. Euro für Hochschulbau bis 2025“, „Über 2000 neue Lehrkräfte für das Schuljahr 2015/2016“ oder „40.000 neue Arbeitsplätze in zwölf Monaten“. „Ich will mit euch gemeinsam zeigen,



Beifall für den Regierenden Bürgermeister: Michael Müller auf dem Landesparteitag.

Foto: Horb

dass wir zurecht die Regierungspartei sind“, so Müller zu den Delegierten. „Wir können Großstadt.“ Die SPD habe das Gemeinwohl im Blick und gestalte die Zukunft Berlins.

Die SPD, so der Landesvorsitzende Jan Stöß, ziehe im kommenden Jahr mit dem beliebtesten Politiker Berlins, mit Michael Müller, in den Wahlkampf. **BS □**

mehr auf S. 5 und 6

Schwerpunkte gesetzt

Landeshaushalt: Mehr Geld für Kitas und Bürgerämter

Vor der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2016/2017 haben sich die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU auf weitere Schwerpunkte verständigt.

So werden ab dem 1. Januar 2016 zusätzlich 22,5 Millionen Euro für Qualitätsverbesserungen in den Kitas eingesetzt. Daneben sollen die Kitabeiträge für die zweijährigen Kinder ab 1. 8.2016 abgeschafft werden. Damit gehen Mehrkosten von 13 Mio. Euro in 2016 einher. Ab 2017 werden die Beiträge auch für die einjährigen Kinder abgeschafft.

Jeder Bezirk erhält zweckgebunden drei zusätzliche Stellen in den Bürgerämtern. Werden diese Stellen nicht innerhalb einer Frist besetzt, können andere Bezirke

auf sie zugreifen. Im Rahmen eines Sicherheitspakets von annähernd 50 Mio Euro für 2016/2017 werden Investitionen in

IN DIESER AUSGABE:

| | |
|-----------------------------|---------|
| PROVISORIEN IN TEMPELHOF? | S. 3 |
| SANIERUNG IM STRANDBAD | S. 3 |
| DEBATTE: FLÜCHTLINGSPOLITIK | S. 8-12 |
| WEIHNACHTSMÄRKTE IN BERLIN | S. 16 |

die Ausstattung der Polizei, in Terrorbekämpfung, in eine neue Task Force zur Bewältigung besonderer Sicherheitslagen und in weitere Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität, sowie für mehr Rechtsschutz der Polizisten unterlegt. **BS □**

siehe auch Seite 4

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Transparenter, attraktiver, europäischer

Parlament beschließt Reform des Europawahlrechts

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sollen künftig transparenter, attraktiver und vor allem europäischer werden. Das haben wir Europaabgeordneten Anfang November auf unserer Plenarsitzung in Brüssel beschlossen und einen Gesetzesvorschlag für eine Reform des europäischen Wahlrechts verabschiedet. Das Wahlrecht ist eines der wenigen Bereiche, in denen das Parlament Initiativrecht für europäische Gesetze hat.

Die Abstimmung war ein großer Erfolg, denn die letzte erfolgreiche Gesetzesinitiative datiert bereits aus dem Jahr 1998. Dementsprechend ist das derzeit geltende europäische Wahlrecht nicht mehr zeitgemäß. Die Europawahlen sind derzeit de facto eher 28 nationale Wahlen: Ob Wahltag, Mindestschwelle oder das Wahlalter - es gibt erhebliche Unterschiede.

Mit der Benennung von Spitzenkandidaten im Rahmen der Europawahlen 2015 setzten die Europäischen Parteien bereits ein deutliches Zeichen für mehr europäische Demokratie und Transparenz. Der Wahlkampf bekam somit - auch über die nationalen Grenzen hinweg - Gesichter. Die schlussendliche Wahl Jean-Claude Junckers zum Präsidenten der Europäischen Kommission holte die Nominierung dieses wichtigen Amtes vollends aus den Hinterzimmern des Rates. Das Spitzenkandidatenprinzip haben wir Europaabgeordneten mit unserem Bericht nun verankert.

Darüber hinaus setzt sich das Europäische Parlament, gegen konservativen Widerstand, dafür ein, dass zukünftig auf Wahlkampfmaterial und den Stimmzetteln



Sylvia-Yvonne Kaufmann, Berliner Europaabgeordnete, mit dem Präsidenten Martin Schulz.

Foto: Europäisches Parlament

teilen neben den nationalen Parteien auch Namen und Logos der Europäischen Parteien abgebildet werden: Neben dem SPD-Logo würde in Deutschland also auch das SPE-Logo der Sozialdemokratischen Partei Europas erscheinen.

Um jüngere Europäerinnen und Europäer frühzeitig in die europäische Politik einzubinden, rufen wir die Mitgliedstaaten dazu auf - wie es bereits bei unseren österreichischen Nachbarn der Fall ist - das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Darüber hinaus machen wir uns dafür stark, dass Möglichkeiten für eine elektronische Stimmabgabe geschaffen werden und alle Mitgliedstaaten ihren Bürgerinnen und Bürgern, die in Drittländern wohnen, die Teilnahme an den Europawahlen ermöglichen.

Um die Funktionsfähigkeit des Parlamentes zu sichern, fordert das Europäische

Parlament europaweit eine Mindestschwelle von drei bis fünf Prozent einzuführen.

Unsere Initiative, durch ein verbindliches Reißverschlussverfahren bei der Aufstellung der Wahllisten für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen, scheiterte leider knapp am Widerstand der konservativen EVP-Fraktion. Unsere sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament wird aber weiterhin für Geschlechtergerechtigkeit kämpfen und sich für das Reißverschlussverfahren oder vergleichbare Werkzeuge einsetzen, denn zurzeit sind nur 37 Prozent der EU-Abgeordneten Frauen.

Die Mitgliedstaaten sind jetzt am Zug um unsere Vorschläge aufzugreifen. Das letzte Wort hat dann erneut das Europaparlament: Es muss dem letztendlich ausgehandelten Gesetzestext seine Zustimmung geben.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

Umwelt:

Klimawandel mit Folgen

Die Folgen des Klimawandels werden sich künftig auch in Deutschland verstärkt bemerkbar machen. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts wird die Gefahr von Hochwassern oder Hitzewellen zunehmen. Das ergab eine Studie mehrerer Bundesbehörden.

Die Studie zeigt, welche Gebiete besonders betroffen sein werden. Sie bildet die Grundlage für Vorsorge-Maßnahmen der Bundesregierung und dient dazu, die deutsche Strategie zur Anpassung an den Klimawandel weiterzuentwickeln. So sind beispielsweise Ballungsgebiete in Ostdeutschland und dem Rheintal durch Hitzewellen besonders gefährdet. Im norddeutschen Tiefland könnte die Anzahl der Überschwemmungen durch Flusshochwasser zunehmen.

PM □

Bundestagsfraktion:

Landesgruppe zieht Bilanz

Mechthild Rawert als Vorsitzende wiedergewählt

Die Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert ist am 13. November erneut zur Sprecherin der Landesgruppe Berlin der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden. Sie wurde von den Berliner Bundestagsabgeordneten der SPD einstimmig im Amt bestätigt. Rawert, seit 2009 Sprecherin der Landesgruppe, steht damit auch für die nächsten zwei Jahre an der Spitze der Berliner SPD-Abgeordneten.

„Die Landesgruppe ist eine entscheidende Schnittstelle zwischen Berliner Landes- und Bundespolitik“, so Rawert nach ihrer Wiederwahl. „Wir werden auch künftig die

Anliegen der Berlinerinnen und Berliner gemeinsam im Deutschen Bundestag voranbringen und Impulse für die Hauptstadt setzen.“

Rawert verweist dabei auf die positive Bilanz der Berliner Landesgruppe seit den Bundestagswahlen 2013: „Gemeinsam haben wir wichtige Themen für Berlin vorangebracht, so etwa in der Mieten- und Wohnungspolitik. Unsere Beschlüsse und die beharrliche Arbeit für bezahlbaren Wohnraum waren die Initialzündung für die nun beginnende Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Bundes. Für den Wohnungsmarkt in Berlin kämpfen wir um jede einzelne Fläche.“

PM □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Befristete Unterbringung

Tempelhof: Provisorische Unterkünfte im Randbereich

Der Senat hält die befristete Unterbringung Geflüchteter am Rande des ehemaligen Tempelhofer Flughafengeländes für unvermeidlich. „Wir stellen damit das Ergebnis des Volksentscheids und das geltende Tempelhof-Gesetz nicht in Frage“, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. „Es geht nicht um die Bebauung der Ränder des Tempelhofer Feldes, sondern um die befristete Möglichkeit, dort Flüchtlinge unterzubringen.“

Die Flüchtlingssituation in Berlin habe, so Geisel, „historische Ausmaße“. In diesem Jahr sind bereits 65.000 Flüchtlinge und Asylbewerber neu im Land Berlin angekommen. In 120 Unterkünften leben derzeit rund 35.000 Asylbewerber, weitere 756 in Hostels und Pensionen. Geisel: „Langsam kommen wir an die Grenze unserer Kapazitäten, müssen aber von einer ähnlichen Größenordnung auch in 2016 ausgehen.“

Er könne nicht akzeptieren, dass langfristig Sporthallen für die Unterbringung von Flüchtlingen belegt werden und infolgedessen Sportunterricht ausfalle und Vereinssportler keine Trainingsmöglichkeiten mehr hätten, so der Stadtentwicklungssenator.

Damit leicht nutzbare und gut erschlos-



Am Rande des Tempelhofer Feldes sollen vorübergehend Unterkünfte für Geflüchtete geschaffen werden, auch die Hangars im Hintergrund werden vollständig genutzt. Foto: Horb

sene Randbereiche des Tempelhofer Feldes für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden zur Verfügung gestellt werden dürfen, muss das ThF-Gesetz geändert werden. Dies soll durch Einfügung eines neuen Paragraphen erfolgen, der eine Befristung bis 2019 enthält. Nach dem Beschluss im Senat wird nun das Abgeordnetenhaus darüber beraten. Die Tempelhof-Initiative hatte stattdessen das Vorfeld des Flughafengebäudes für eine Unterbringung nutzen wollen. Das aber wird bereits zur Versorgung der in den Hangars untergebrachten Flüchtlinge benötigt. **BS □**

Stadtentwicklung:

Platz für 1050 Wohnungen

Zwischen Invalidenstraße, Perleberger Brücke, Heidestraße und dem Berlin-Spandauer-Schiffahrtskanal soll als Teil der Europacity ein neues innerstädtisches Stadtviertel entstehen.

Geplant ist der Bau von 1.050 Wohnungen. 95.000 Quadratmeter stehen für die gewünschten Kultureinrichtungen, Kindertagesstätten und Gewerbeflächen zur Verfügung.

Ausstellung:

„Un_Eins“ in der Galerie Müllerstraße

Drei Studierende der UdK - Jenny Claire Heck, Frank Sievers und Anna Slobodnik - zeigen vom 11. Dezember bis 8. Januar auf Einladung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie ihre Arbeiten in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus.

➔ Vernissage: Freitag, 11. Dezember 2015, 19 Uhr, Begrüßung Winfried Sühlo, Einführung Gernot Wieland, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, Öffnungszeiten der Galerie: Mi, Do, Fr, 16 - 18 Uhr und nach tel. Vereinbarung 030 883 79 14, zwischen Weihnachten und Neujahr nur nach tel. Vereinbarung.

Köpenick:

Strandbad Müggelsee wird saniert

Erfolg für Matthias Schmidt - Bund und Land teilen sich die Kosten der Baumaßnahme

Seit Jahren setzt sich der Treptow-Köpenicker Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt für die Rettung des Denkmals am Müggelseeufer ein. Jetzt kann er Erfolg vermelden. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat 4 Mio. Euro für die Sanierung des Strandbads Müggelsee bereitgestellt.

„Wir haben alle Register gezogen, Förderöpfe geprüft, private Investoren und lokale Unternehmen angefragt und den Bezirkshaushalt auf den Kopf gestellt“, so Schmidt. „Aber das Vorhaben ist nichts für die Portokasse. Nun teilen sich Land und Bund die Kosten und stellen sich damit ihrer Verantwortung für dieses Denkmal von überregionaler Bedeutung.“

Das Strandbad Müggelsee umfasst ein Gelände von etwa 20 Hektar und einer 500 Meter langen Uferkante. Das Kerngebiet mit dem historischen Gebäude wurde in bezirkliches Fachvermögen übernommen um eine Schließung zu verhindern und die ganzjährige und unentgeltliche Offenhal-



Matthias Schmidt am Strandbad Müggelsee.

tung zu gewährleisten. Eine Sanierung des Gebäudekomplexes ist dringend erforderlich, kann aber privaten Investoren und Betreibern auf Grund der Auflagen aus Denkmal-, Wasser- und Umweltschutz nicht auferlegt werden.

Nachdem die Entfernung der maroden Uferkante und die Renaturierung des Geländes aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln im Sommer erfolgt sind, blieb das denkmalgeschützte Gebäude das Sorgen-

kind, das leise vor sich hin verfällt. Im Haushaltsausschuss des Bundestages konnte Schmidt seine Kolleginnen und Kollegen für das Strandbad begeistern. Die 4 Millionen Euro starke Finanzspritze ist eine fünfzigprozentige Kofinanzierung für die umfassende Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes aus den Jahren 1928-30. Der Architekt und Senatsbaudirektor Martin Wagner schuf im gleichen Zeitraum das Strandbad Wannsee, das aus Mitteln der Stiftung Denkmalschutz saniert werden konnte.

„Besonders hervorzuheben ist, dass sich vor Ort viele Initiativen seit Jahren für das Strandbad engagieren und beharrlich auf allen Ebenen für Sanierung und Betrieb einsetzen“, so Schmidt. „Die Bemühungen fanden im Jahr 2009 mit der 80-Jahr-Feier einen Höhepunkt. Ich freue mich, dass ich endlich mit richtig guten Nachrichten kommen kann. Ihren neunzigsten Geburtstag wird die Perle am Müggelsee in neuem Glanz erleben.“ **BS □**

Kita - Qualität und Quantität

Raed Saleh: Mehr Plätze, mehr Personal, keine Gebühren

Wir wollen Berlin zu einer familienfreundlichen Metropole machen. Eine Stadt, die kein Kind zurück lässt. Eine Stadt, wo die Alltagsorgen der Familien ein bisschen geringer sind als anderswo. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, dass Eltern für ihre Kinder einen Kitaplatz finden. Mit dem starken Zuzug braucht die Stadt mehr Kitaplätze, deshalb hat unsere Bildungsministerin Scheeres bei ihrem Amtsantritt das Kitaausbauprogramm ins Leben gerufen. In den Schlussberatungen zum Doppelhaushalt 2016/17 haben wir es von 40 auf 70 Millionen Euro aufgestockt.

Die Diskussion über mehr Qualität in den Krippen läuft seit einigen Jahren. Jetzt setzen wir um, was der Stadt wichtig ist: Wir lassen die Kitaerzieherinnen und -erzieher mit ihrer harten Arbeit nicht allein - und wir kommen dem Wunsch vieler Eltern nach, den Betreuungsschlüssel für die kleinsten Kinder zu verbessern. Nun werden ab dem neuen Haushaltsjahr 22,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen, um den Betreuungsschlüssel schrittweise um eine Personalstelle abzusenken. Schon im Jahr 2017 werden die Ausgaben dafür auf 49 Millionen Euro steigen. Damit werden wir eine spürbare Verbesserung der Situation der Berliner Kitas erreichen.

Wir wollen Beitragsfreiheit in der Bil-



Informationsbesuch in einer Kita: Raed Saleh.

Foto: Fehling

dung schaffen. Konservative behaupten oft, dass Kitabeiträge nur reiche Leute treffen. Das ist falsch. Wenn zwei Eltern vollzeit arbeiten und Mindestlohn verdienen, dann bezahlen sie für ein Kind über 100 Euro im Monat. Bei den mittleren Gehaltsstufen darüber steigen die Kosten schnell an. Wenn das Haushaltseinkommen zwischen den Partnern ungleich verteilt ist, wirken Krippenbeiträge so wie früher das Betreuungsgeld: Als Herdprämie.

Deshalb werden wir ab dem 1. August 2016 die Krippenbeiträge für die zweijährigen Kinder abschaffen. Das kostet das Land Berlin 13 Millionen Euro. Ab 2017 werden die Krippenbeiträge auch für die einjährigen Kinder abgeschafft, die Kosten werden dann bei 40,5 Millionen Euro liegen.

Raed Saleh □

Flagge zeigen gegen Gewalt

Schutz von Frauen vor Frühehen muss verbessert werden

Jährlich wird am 25. November der Mädchen und Frauen gedacht, die Opfer von Gewalt wurden. Mit dem Hisen der Terre des Femmes-Fahne hat am Mittwoch auch die SPD Berlin ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt. Themenschwerpunkt ist in diesem Jahr "STOP Frühehen!". Jährlich werden weltweit 14,2 Mio. Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet.

Eva Högl, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und Bundestagsabgeordnete: „Am Internationalen Tag ‚Nein zu Gewalt an Frauen‘ denken wir an die Opfer, die keine Stimme haben. Wir setzen uns national und international für die Durchsetzung eines Mindestheiratsalters von 18 Jahren ohne Ausnahme ein.“

Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD: „Frauen trauen sich häufig kaum Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Folgen von Frühehen sind verheerend: Schulabbruch, (sexuelle) Ausbeutung, zu frühe Schwän-



Flagge am Kurt-Schumacher-Haus.

Foto: Kegel

gerschaft und finanzielle Abhängigkeit. Es bleiben Narben für ihr ganzes Leben zurück. Wir wollen auf ihr Schicksal aufmerksam machen und ein deutliches Zeichen gegen Gewalt setzen!" Zwar liegt in Deutschland das Mindestheiratsalter bei 18 Jahren, mit Zustimmung des Familiengerichtes allerdings können auch 16-Jährige heiraten. Häufig werden Minderjährige auch im Rahmen einer religiösen bzw. sozialen Eheschließung verheiratet. **BS □**

FRAKTION INTERN

Wichtige Haushaltsbeschlüsse. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf haben wichtige Beschlüsse der Koalition zum Doppelhaushalt 2016/17 vorgestellt. Kernpunkte sind die schrittweise vollständige Abschaffung der Kitagebühren bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität, eine Ausweitung des Bonusschulprogramms und des Sportanlagenanierungsprogramms sowie eine Absicherung der Jugendkunstschulen und eine Personalaufstockung in den Bürgerämtern.

Eine Übersicht der Beschlüsse sowie eine Auflistung der Haushaltspositionen, die zusätzlich zu den bereits in den Fachausschüssen gegenfinanzierten verstärkt werden, gibt es auf der Internetseite der Fraktion.

Sportpolitischer Empfang. Rund 150 Gäste sind zum sportpolitischen Empfang der SPD-Fraktion in den Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses gekommen. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter von Berliner Vereinen, Verbänden und Organisationen aus dem Sportbereich. SPD-Fraktionschef Raed Saleh, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller, der sportpolitische Sprecher der Fraktion, Dennis Buchner, und die Vorsitzende des Sportausschusses, Karin Halsch, würdigten die vielen Ehrenamtlichen und das Engagement des Berliner Sports insgesamt für sozialen Zusammenhalt und Integration.

Märchentage und Vorlesetag. Im November schwärmen die SPD-Abgeordneten traditionell aus, um in Berliner Kitas und Schulen vorzulesen. Bei den Märchentagen und beim bundesweiten Vorlesetag haben sie sich auch in diesem Jahr für mehr Sprach- und Lesekompetenz bei Kindern eingesetzt. Beides sind wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungswegen und für gesellschaftliche Teilhabe. Es geht darum, die Freude am Selberlesen bei den Mädchen und Jungen zu wecken, Raum für Phantasie zu schaffen und Aufmerksamkeit zu schenken.

Frauenrechte. Das Faltblatt „Sag NEIN zu Gewalt - Schau hin! Frauenrechte sind Menschenrechte“ ist auch als PDF erhältlich: <http://www.spdfraktion-berlin.de/>

Stadtteiltage im Dezember. SPD-Fraktionschef Raed Saleh lädt am 1., 2. und 4. Dezember zu seinen Stadtteiltagen in Spandau ein. Es folgen die Abgeordneten Burgunde Grosse am 7.-11.12. in Spandau, Andy Jauch am 14.12. in Köpenick, Daniel Buchholz am 17.12. in Spandau und Ellen Haußdörfer ebenfalls am 17.12. in Treptow-Köpenick. Alle Infos unter www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage. **cs □**

Landesparteitag:

„Den Geist des Füreinander erhalten“

Landesparteitag der Berliner SPD im Zeichen der Solidarität

Die Gedanken waren an diesem Morgen in Paris. Als im bcc am Alexanderplatz der Landesparteitag eröffnet wurde, lagen die Terrorakte von Paris erst wenige Stunden zurück. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß wies in seiner Eröffnungsrede auf die engen Beziehungen zwischen Berliner SPD und Pariser PS hin, gerade auch zu den besonders betroffenen Arrondissements. Um 17 Uhr endete der Parteitag vorzeitig, um den Delegierten die Möglichkeit zu geben, gemeinsam vom Alexanderplatz zum Pariser Platz zu gehen, wo eine Gedenkveranstaltung stattfand.

Auch wenn einige Anträge dadurch vertagt werden mussten - die wichtigsten Themen wurden auf dem Parteitag behandelt. Jan Stöß dankte dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller in seiner Eröffnungsrede für die engagierte Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik. In diesen Tagen sei es besonders wichtig, eine klare Haltung und einen klaren Kompass zu haben. Dies verdanke die SPD auch Genossinnen und Genossen wie Helmut Schmidt und Egon Bahr, die für ein solidarisches Europa eingetreten seien, so Stöß. In dieser Stadt wisse man, dass Mauer und Stacheldraht keine Mittel seien.

„Unser Regierender Bürgermeister hat eine wirklich eindrucksvolle Regierungserklärung abgegeben“, sagte Stöß. „Er hat der Stadt das gegeben, was wir mit Haltung meinen, mit Orientierung.“ Er habe einen Mentalitätswechsel angemahnt – für mehr Mut. Die Reaktion des Koalitionspartners auf dieses Einfordern einer gemeinsamen Kraftanstrengung, keine Hand für Applaus zu bewegen, nannte Stöß „schwach“.

Der SPD-Landesvorsitzende warnte angesichts der CSU-Forderungen: „Wenn man immer rechts blinkt, schauen die Leute auch nach rechts.“ Gewählt aber werde das Original. „Mit einer solchen Politik macht die CSU die AfD stark.“ Gehofft habe man auf einen Plan des Bundesinnenministers, wie die aktuellen Fragen zu lösen seien. Vorhanden sei aber wohl nur ein Plan, wie man die eigene Bundeskanzlerin sturmreif schieße. Den Lawinen-Vergleich Schäubles im Zusammenhang mit den ankommenden Menschen wies Stöß entschieden zurück: „Dieses Reden über Flüchtlinge wie eine Naturkatastrophe, das geht wirklich nicht.“ Wenn jetzt ein subsidiärer Schutz diskutiert werde und ein Familiennachzug abgelehnt werde, würden dieselben Fehler in der Integration gemacht wie vor Jahren.

Stöß rief mit Blick auf die kommenden Wahlen dazu auf, den „Geist des Miteinan-



Der Regierende Bürgermeister Michael Müller auf dem Landesparteitag.

Fotos: Horb



Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß.

der, des Füreinander“ zu erhalten. Die SPD trete „mit dem beliebtesten Politiker für das Amt des Regierenden Bürgermeisters“, mit Michael Müller, an.

MICHAEL MÜLLER: ES GEHT UM MENSCHEN

Nach seiner Regierungserklärung, so Müller auf dem Landesparteitag, sei er oft gefragt worden: Warum diese Schärfe, ist das Taktik, ist das Wahlkampf? Seit 34 Jahren sei er Sozialdemokrat. „Mir ist es auch wichtig, dass wir die nächste Wahl gewinnen. Ich will mit euch ein gutes Ergebnis, um die Regierung anzuführen.“ Er wolle regieren und gestalten, so Müller. „Aber es gibt Themen, die eignen sich nicht für parteitaktische Spielchen.“ Da gehe es nicht darum zu fragen, bringt das ein Prozent mehr. „Es geht nicht um irgendein Flüchtlingsthema, es geht um Menschen, die zu uns kommen.“

Michael Müller bekräftigte auf dem Landesparteitag seinen Appell zum gemeinsamen Handeln. Zugleich wies er auf die Resortverantwortlichkeiten hin, die jetzt von

allen wahrgenommen werden müssten.

„Die Menschen kommen, sie sind da“, so Müller. „Das wird uns viele Jahre beschäftigen.“ Er selbst habe sich in den vergangenen Monaten mehrmals korrigieren müssen. Er wollte kleine dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten, keine Zelte, wohnortnahe Beschulung. Diese Standards seien nicht durchzuhalten gewesen. Es müsste jede Unterbringungsmöglichkeit genutzt werden, Turnhallen, leergezogene Gewerbeimmobilien.

Er rief dazu auf, „offen und ehrlich und ernst zu sagen, was geht und was nicht geht“. Er forderte die internationale und europäische Solidarität ein.

Die Konflikte der Zukunft würden zwischen Nord und Süd ausgetragen. Sie seien international zu spüren. Hier sieht Michael Müller eine wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie.

Zukunftsorientierte Flüchtlingspolitik erfordere ein „Unterbringungspaket“ und ein „Integrationspaket“, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen in der Aussprache. Um beides kümmere sich das Land. Das „Integrationspaket“ könne man sich umfangreicher vorstellen, es enthalte aber die wichtigsten Maßnahmen: „Sprachkurse, Integrationslotsen auch in den Arbeitsmarkt, Willkommensunterricht in den Schulen, Versorgung unbegleiteter Minderjähriger, Gesundheitsuntersuchungen, Kindertagesstätte“. Für dieses Integrationspaket, so Kollatz-Ahnen, bringe das Land 20 Prozent der gesamten Mittel, die im Flüchtlingsbereich eingesetzt werden, auf.

„Ehrenamtliche Arbeit ist toll, aber tragfähig sind natürlich nur verlässliche Strukturen, und diese wieder aufzubauen, das ist aus unserer Sicht das eine große Thema

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

der nächsten Legislaturperiode“, so der stellvertretende Berlin-Brandenburger DGB-Vorsitzende Christian Hoßbach. Er forderte zudem, den Anteil prekärer, unsicherer Arbeit zurückzudrängen. „Wir wollen eine wirtschafts- und arbeitspolitische Strategie, die die Wachstumsbewegung aufnimmt, und reale Verbesserungen für die arbeitenden Menschen erreicht – bei Einkommen, Arbeitssicherheit und Qualifizierung. Durch eine konsequente Politik zur Eindämmung von Minijobs, von Scheinselbständigkeit, von sachgrundlosen Befristungen, von Werkverträgen – aber für Vereinbarkeit, für gesunde und gute Arbeit, für starke Tarifverträge.“

Einstimmig wurde nach ausführlicher Diskussion eine Resolution zur Flüchtlingspolitik beschlossen (Auszüge auf Seite 10 dieser Ausgabe). Dabei folgten die Delegierten weitgehend den Empfehlungen der Antragskommission. Weitergehende Juso-Anträge, die u.a. einen vollständigen Verzicht auf Abschiebungen forderten, fanden keine Mehrheit bei den Delegierten. Auch das Konzept sicherer Herkunftsstaaten bleibt. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß machte deutlich, dass mit ihm nicht das individuelle Grundrecht auf Asyl angefasst werde, die Verfahren werden lediglich beschleunigt. Er weist auf die Einigung auf Bundesebene hin. Es sei ein falsches Signal, wenn die Berliner SPD dies jetzt ablehne. „Dieser Antrag geht in die Irre“, so auch H.G. Lorenz. Es müssten andere Lösungen erarbeitet werden.



Gastredner: der stellvertretende DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg Christian Hoßbach und die AWO-Vorsitzende Ute Kumpf. Fotos: Horb



Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen begrüßt vor Beginn des Parteitags mit Raed Saleh die Ehrengäste.

In einer zweiten Resolution forderte die Berliner SPD Bundesverkehrsminister Dobrindt auf, die Arbeitsplätze bei Air Berlin nicht zu gefährden. Die Weigerung, die vom größten Anteilseigner von Air Berlin Etihad Airways beantragten Codeshare-Flüge zu genehmigen, gefährde den Fortbestand der Fluglinie Air Berlin und viele Tausend Arbeitsplätze in der Stadt. Sie nutze nur dem Standort München. Dobrindt aber sei nicht bayerischer Verkehrsminister. Hans Albrecht, Betriebsratsvorsitzender von Air Berlin dankte für die Unterstützung durch die SPD und den Regierenden Bürgermeister. „Air Berlin bekommt doppelt so viele Passagiere von Etihad wie umgekehrt, nämlich 300.000. Ohne den Beitrag von Etihad könnte Air Berlin diese Strecken nicht kostendeckend betreiben.“

Angenommen wurde auch ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Selbständi-

gen, Gewerbemieten zu begrenzen. Damit knüpft die Berliner SPD an eine Initiative an, die 1993 schon einmal im Bundesrat eingebracht wurde, dort aber keine Mehrheit fand.

Thematisiert wurde auch die Frage der Rekommunalisierung. Gerlinde Schermer machte ihre Bedenken beim Kompromiss mit der CDU über die Beteiligung an den Strom- und Gasnetzen deutlich und regte eine Gesprächsrunde dazu an. Klaus Mindrup hielt die Verhandlungen, wie sie der Finanzsenator führt, für den vielversprechendsten Weg. Auch dessen Ziel, so Mindrup, sei die vollständige Rekommunalisierung. Mindrup warnte davor, jetzt den „Ball aufs eigene Tor“ zu schießen. **BS** □

➡ Videos und Berichte: spd.berlin/lpt15-2. Alle Beschlüsse: <http://parteitag.spd-berlin.de/veranstaltungen/14-november-2015/>

Der Landesparteitag vom 14.11.2015 hat auf Initiative des FA XI Mobilität beschlossen, sich gegen das Ansinnen der sogenannten „Fratzcher Kommission“ zu wehren, den Ländern die Zuständigkeit für Management und Unterhaltung von Bundesfernstraßen („Auftragsverwaltung“) einschließlich der Finanz- und Personalmittel zu entziehen, die Zuständigkeit in eine Bundesfernstraßengesellschaft zu überführen und diese an private Dritte zu übertragen (zu verkaufen).

Dieser Beschluss ist sehr wichtig. Er stärkt die Gegner von Public-private-Partnership Geschäften (PPP) wie die Rechnungshöfe und die Länder im Bundesrat, die im Oktober dieses Anliegen der Bundesregierung einstimmig ablehnten. Alles gut? Mitnichten, denn hinter den Vorschlägen der „Experten“ und der Bundesminister Gabriel und Dobrindt stehen handfeste materielle Interessen der sogenannten Investoren – heißt: institutionelle Kapital-Anleger, die ein „Anlageproblem“ haben.

Landesparteitag: Nein zur Privatisierung der Fernstraßenanierung

Wie begründen sie ihren Vorstoß, die Länder um die Auftragsvergabe zu entmachten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die zukünftigen Einnahmen aus PKW-Maut, LKW-Maut, KFZ-Steuer und Mineralölsteuer direkt in diese neue geplante teilprivate Gesellschaft fließen, um per „Nutzerfinanziertem Kreislauf“ ausreichend Geld für Investitionen zu haben, an denen sich dann Private gewinnbringend beteiligen?

Die Kommunen haben kein Geld, Kredite dürfen sie nicht aufnehmen, obwohl die wirtschaftliche Vernunft für Kreditaufnahme der öffentlichen Hand spricht, wenn die Zinsen, wie jetzt gerade, dramatisch niedrig sind. Stichwort „Schwarze Null“. Mit PPP kann man die Schuldenbremse für die öffentliche Hand umgehen. Die Anleger haben ausreichend privates Geld und suchen eben dieses in der Niedrigzinspha-

se höher verzinst anzulegen. Die „Experten“ verknüpfen beides zur angeblichen „Lösung“. Die Aufhebung des Sanierungsstaus der öffentlichen Hand durch Einbindung privaten Kapitals! Die Rechnung geht an die Nutzer.

Dafür soll mit den absoluten Mehrheiten der Großen Koalition das Grundgesetz geändert werden; soll Gemeinde-recht durchbrochen oder umgangen und neue Institutionen mit eigener Entscheidungskompetenz und Kreditfähigkeit geschaffen werden. Der Sanierungsstau als inhaltliche Legitimierung einer Politik, die handfest plant, in großem Maße die öffentliche Infrastruktur Deutschlands Privaten zu übertragen und dabei den institutionellen Kapitalanlegern staatlich garantierte Renditen auf Kosten der Allgemeinheit zuzusichern. Die Errichtung der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes ist der Anfang – sie gefährdet übrigens auch die Landesstraßenbauverwaltung.

Diese föderale Struktur und Kompetenzverteilung hat sich bewährt.

Gerlinde Schermer □

Folgen ungleicher Bezahlung

ASF beriet Strategien gegen Altersarmut

Über „Strategien gegen Altersarmut von Frauen“ hat die Landesfrauenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) am 18. November beraten. Frauen verdienen in ihrem gesamten Berufsleben durchschnittlich nur halb so viel wie Männer und dadurch fällt ihr Rentenanspruch um rund 60 Prozent geringer aus. Diese Lücke, auch als „Gender-Pension-Gap“ bezeichnet, ist in Deutschland breiter als in den meisten anderen Industriestaaten.

Stephanie Pruschansky von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf moderierte die einführenden Beiträge von Dr. Eva Högl, Mitglied des Bundestages, von Brigitte Loose von der Deutschen Rentenversicherung, von Nina Lepsius vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Susan Javed von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Als im Sommer 2014 der Deutsche Bundestag unter anderem die Rente mit 63 und die Mütterrente beschloss, schien es ein gutes Instrument zu sein, der drohenden Altersarmut von Frauen entgegen zu wirken. Doch von der Rente mit 63 profitieren vor allem Männer, etwa 70 Prozent, von der Mütterrente nur diejenigen, die vor 1992 Kinder geboren haben.



Landesfrauenkonferenz der ASF.

Foto: Anja Hoffmann

Das Rentenniveau aber sinkt weiterhin und die Arbeitsbiographien der Frauen weisen mit den Geburten von Kindern weiterhin Lücken auf, die nach der Elternzeit nicht sofort geschlossen werden können. Das, so Brigitte Loose, sei die eigentliche Ursache der Ungleichheit. Aus der Arbeitsbiographie eines Mannes lässt sich dagegen nicht ersehen, ob, wann und wie viele Kinder er hat.

Einig waren sich alle Referentinnen, dass das Ehegattensplitting in der Besteuerung endlich abgeschafft werden müsste. Es verführt dazu, dass die gut ausgebildeten Frauen nach der Elternzeit nicht auf den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Nina Lepsius schlug vor, dass die Rückkehr von der Teilzeit auf Vollzeit rechtlich

verankert werden sollte. Andere Möglichkeiten sieht Susan Javed im obligatorischen Rentensplitting, dann würden mit Beginn einer Ehe die jeweiligen Rentensprüche geteilt werden oder in einer bedingungslosen Mindestrente, die deutlich über der Grundversorgungsrente läge. Dr. Eva Högl betonte in der Diskussion, dass die Mütterrente nicht über Renteneinzahlungen, sondern solidarisch über Steuern finanziert werden müsste.

Einig waren sich alle Anwesenden in der anschließenden Diskussion, dass Minijobs nachweislich keine Brücke in Vollzeitarbeit darstellen, dass es wichtig ist, das Rentenniveau zu stabilisieren und die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern zu beenden. Viele Frauen, junge und ältere, stellten anhand von Erlebtem dar, wie bedrohlich und wie real sie Altersarmut in unserer Gesellschaft erleben.

Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, fasste die Lösungsansätze für eine eigenständige Altersversorgung zusammen, wies noch einmal auf die Punkte hin, die politische Entscheidungen verlangten und wie das Bewusstsein junger Frauen gestärkt werden könnte, sich bereits in frühen Jahren um ihre Alterssicherung zu kümmern.

Anja Hoffmann □

Gut aufgestellt (III)

Die Ergebnisse der Nominierungen in Abteilungen und Kreisen

In den Kreisen und Abteilungen hat es weitere Nominierungen gegeben. Die Berliner Stimme veröffentlicht die Ergebnisse, die uns mitgeteilt wurden.

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg schickt mit Peter Beckers als Bürgermeisterkandidaten einen erfahrenen Mann ins Rennen, der die letzten Jahre als stellvertretender Bürgermeister und Stadtrat für Wirtschaft, Ordnungsamt und Schule gezeigt hat, dass er sich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Susanne Kitschun, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, führt die Bezirksliste zur Abgeordnetenhauswahl an, gefolgt von Sven Heinemann, Sevim Aydin, Björn Eggert, Peggy Hochstädter, Muharrem Arras, Silke Fischer und Carl Wasmuth. Im Wahlkreis 1 kandidiert Björn Eggert, im WK 2 Sven Heinemann, im WK 3 Sevim Aydin, im WK 4 Susanne Kitschun und im WK 5 Peggy Hochstädter. Kitschun hatte bei der letzten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus den Wahlkreis direkt geholt.

Die Abteilung 1 (Tempelhof) hat Michael Müller als Direktkandidaten für das Ab-



Die Direktkandidatinnen und -kandidaten in Friedrichshain-Kreuzberg: Peggy Hochstädter, Susanne Kitschun, Sven Heinemann, Sevim Aydin und Björn Eggert.

Foto: SPD Fxhain

geordnetenhaus und den 1. Platz der Bezirksliste Tempelhof-Schöneberg nominiert. Auf Platz 2 folgt Dilek Kolat, Frank Zimmermann auf 3. Angelika Schöttler wurde für den 1. Platz der Bezirksliste, Oliver Schworck für den 2. Platz, Jan Rauchfuß für den 4. Platz der BVV-Liste nominiert. Für die Bezirksverordnetenversammlung wurde der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christoph Götz für einen vorderen Listenplatz nominiert. Für die Bezirksliste zur Abgeordnetenhauswahl 2016 hat die

SPD Schöneberg in ihrer Mitgliederversammlung den Regierenden Bürgermeister Michael Müller für den Listenplatz 1 sowie Anett Baron für den Listenplatz 4 (2. Frauenplatz) nominiert.

Ina Czyborra ist von der Abteilung Krumme Lanke einstimmig für den Wahlkreis 6 und den Listenplatz 1 in Steglitz-Zehlendorf nominiert worden.

Die SPD Wilhelmstadt in Spandau hat den Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh für Platz 1 der Abgeordnetenhausliste nominiert. Auf Platz 2 folgt Burgunde Grosse, auf Platz 3 Daniel Buchholz, auf Platz 4 Bettina Domer, auf Platz 5 Uwe Ziesak auf Platz 6 Christian Haß. Zugleich wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die BVV nominiert: Platz 1 Christian Haß, Platz 2 Ina Bittroff Platz, 3 Carsten Tuchen, Platz 4 Hannah Huebner, Platz 5 Peter Mabbett, Platz 6 Michael Stobbe.

Die SPD Falkenhagener Feld / Spandau West hat Raed Saleh für den Wahlkreis 1 und Bettina Domer für Wahlkreis 2 nominiert. Auf Platz 1 für die BVV steht Stephan Machulik, gefolgt von Bettina Domer. BS □

Recht & Politik:

Klarstellungen zur Flüchtlingspolitik

Ehrhart Körting: Es wird Zeit für eine ehrliche Diskussion

I. WER IST FLÜCHTLING?

Wenn wir über die Aufnahme von Flüchtlingen sprechen, müssen wir uns zuerst einmal darüber klar werden, wen wir meinen, wenn wir „Flüchtling“ sagen. Dazu gibt es klare Definitionen im internationalen Recht, zum einen den Flüchtling, der wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, politischen Überzeugung oder wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt wird. Und dann gibt es zum anderen den Bürgerkriegsflüchtling, dem eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts droht. In der öffentlichen Debatte wird das, auch von den Flüchtlingsorganisationen, nicht nur vermischt, sondern der Flüchtlingsbegriff auf alle ausgeweitet, die ihre Heimat aus einer wirtschaftlichen Notsituation verlassen oder selbst auf diejenigen, die ihre Heimat verlassen, weil sie individuell woanders ein besseres Leben verwirklichen wollen.

Nur scheinbar ist diese Ausweitung besonders menschenfreundlich. Im Grunde wertet sie die politisch Verfolgten und die aus schrecklichen Bürgerkriegen Flüchtenden ab, indem sie sie mit allen anderen auf eine Stufe stellt.

II. IST DAS EINWANDERUNG ?

Wir Sozialdemokraten haben uns für ein Einwanderungsgesetz stark gemacht. Wir wollten Zuwanderung kanalisieren. Eine geordnete Einwanderungspolitik würde humanitären Zielen dienen, aber auch unsere demographische Entwicklung einer immer älter werdenden Gesellschaft mit immer weniger Kindern korrigieren und unserer Wirtschaft, die über Fachkräftemangel klagt, helfen. Die Demographie und das Wirtschaftskräfte-Argument werden jetzt vielfach ins Feld geführt, um die Merkelsche Politik der offenen Grenzen zu rechtfertigen. Die Argumente sind aber schlichtweg unrichtig. 70% derjenigen, die kommen, sind junge Männer. Das ersetzt die derzeitige geringe Geburtenrate nicht. Zumindest 50% scheinen weder über eine ausreichende Schulbildung noch über eine sonstige Ausbildung zu verfügen. Dem Facharbeitermangel werden sie nicht abhelfen. Mit einer an den Interessen Deutschlands orientierten Einwanderungspolitik hat das, was wir jetzt erleben, nichts zu tun. Die Argumentation ist auch moralisch falsch, Asylbewerber und Bür-



Ehrhart Körting war von 1997 bis 1999 Justizsenator von Berlin und von 2001 bis 2011 Innensenator. Von 1992 bis 1997 war er Vizepräsident am Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin. Foto: A. Savin /Wikimedia

gerkriegsflüchtlinge nehmen wir nicht aus demographischen Gründen auf, sondern weil sie in Not sind. Sie wären auch bei hohen Geburtenraten oder ohne Facharbeitermangel in Europa aufzunehmen.

III. WER HAT BEI UNS ANSPRUCH AUF SCHUTZ?

Das Grundrecht auf Asyl gibt es nur für politisch Verfolgte, Art.16 a Absatz 1 GG. Dies wird in der öffentlichen Debatte verfälscht. Die Bundeskanzlerin hat mit ihrem auf alle auf der Balkanroute gemünzten Satz „Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze“ wesentlich dazu beigetragen, dass eine an unserer Verfassung und an den Gesetzen orientierte Diskussion kaum noch stattfindet. Frau Merkel hat das seit 1993 ohnehin eingegrenzte Grundrecht auf Asyl als individuelles Grundrecht beliebig gemacht und beschädigt, indem sie es als Schutzschild ihrer rein politischen Entscheidung gebraucht hat.

Für Bürgerkriegsflüchtlinge gibt es kein Asylrecht, sondern anderen Schutz nach dem Genfer Flüchtlingsabkommen und dem europäischen Recht, insbesondere der Richtlinie 2011/95/EU. Auch sie haben Rechtsansprüche auf Aufnahme in Europa, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen. Das EU-Recht spricht von Personen mit „Anspruch auf subsidiären Schutz“.

Sehr viele derjenigen, über die wir zur Zeit diskutieren, erfüllen weder die Voraus-

setzungen als politische Flüchtlinge noch die Voraussetzungen als Personen mit dem Anspruch auf subsidiären Schutz. Die politisch Verfolgten sind innerhalb derjenigen, die in den letzten Monaten nach Deutschland kamen, eine sehr kleine Minderheit. Selbst bei ihnen kann im Einzelfall der Asylanspruch scheitern, wenn sie eine innerstaatliche Fluchtalternative in ihrer Heimat haben. Das ist ständige Rechtsprechung und auch vom Bundesverfassungsgericht schon 1989 gebilligt worden. Die Zahl der Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz ist zwar größer. Das sind die Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten, insbesondere aus den Bürgerkriegsgebieten Syriens. Aber für die meisten aus Afghanistan, aus dem Irak (bei Jesiden sehe ich das anders), aus Pakistan, aus Bangladesh, aus afrikanischen Staaten gilt das nicht, weil bei ihnen keine „ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit“ vorliegt. Wenn es nur in Teilen eines Landes einen innerstaatlichen Konflikt gibt, sind derzeit nur die dort Lebenden „ernsthafte, individuell“ bedroht, nicht die Bewohner des ganzen Landes. Bei denjenigen aus Balkanländern, insbesondere dem Kosovo und Albanien, gibt es nicht einmal subsidiären Schutz, aber für Sinti und Roma kommen im Einzelfall Verfolgungstatbestände nach dem Asylrecht in Frage.

IV. WER HAT ANSPRUCH AUF SCHUTZ IN DEUTSCHLAND?

Mit ihrem Satz „Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze“ hat Frau Merkel den Eindruck erweckt, die Bundesrepublik Deutschland habe eine Rechtspflicht auf Aufnahme aller derjenigen, die über die Balkanroute gekommen sind. In Wahrheit hat sie eine freie politische Entscheidung der Bundesregierung auf Aufnahme von Menschen aus dritten Staaten mit einer scheinbaren Rechtspflicht verdeckt.

Kein einziger der Menschen, die über Österreich, also über einen Mitgliedsstaat der EU, einreisen, selbst diejenigen, die Asylgründe haben, kann sich auf das Grundrecht auf Asyl berufen. So steht es seit 1993 in Art.16 a Absatz 2 Satz 1 GG. Das mag man bedauern, das mag man politisch ändern wollen. Aber es ist unsere Verfassungslage.

Ähnliches gilt für die Bürgerkriegsflüchtlinge nach der Verordnung (EU) Nr.64/2013 (Dublin III). Grundsätzlich ist der Mitgliedsstaat der EU zuständig, in den ein

Fortsetzung Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Bürgerkriegsflüchtling zuerst einreist. Das waren in der Vergangenheit auch Spanien, Malta und Italien. In den letzten Monaten kommt der Großteil nach Griechenland. Allein im Oktober 2015 sind nach Angaben des UNHCR 218.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer gekommen, davon über 200.000 nach Griechenland. Nach europäischem Recht, Dublin III, müssen dort alle Flüchtlinge registriert werden und ihre Erstaufnahme finden. Erst durch die politische Entscheidung der Bundesregierung, Dublin III für Syrer und Syrerinnen nicht mehr anzuwenden, gibt es einen unmittelbaren Anspruch auf subsidiären Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien.

**V. WIE WILL DIE
BUNDESREGIERUNG DIE
ZUWANDERUNG REDUZIEREN?**

Die Bundesregierung hat durch ihre humanitären Entscheidungen nicht nur den Menschen, die sich im Sommer 2015 auf der sogenannten Balkanroute befanden, geholfen, was ich humanitär und politisch voll unterstütze. Sie hat zugleich den Eindruck erweckt, dass diese humanitär begründete Aufnahme von Menschen unbegrenzt weiter geht. Die Bundeskanzlerin hat durch ihre ständige Betonung, Deutschland könne sich nicht abschotten und man könne die Grenzen nicht schließen, in erster Linie ihre Kritiker in Deutschland und in ihrer eigenen Partei mundtot machen wollen. Sie hat nicht erkannt, dass ihre Bekundungen wie auch die anderer deutscher Politiker im Ausland, in der Türkei, im Irak, in Afghanistan völlig anders wirken. Die Politik der Bundesregierung hat einen Pulleffekt hervorgerufen, der noch mehr Menschen bewogen hat, ihre Heimat oder ihren einstweiligen Zufluchtsort in der Türkei zu verlassen. Dass, was wir an Bewegungen von Menschen, von politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen, aber auch mindestens im gleichen Umfang von anderen, die aus anderen Gründen ihre Heimat verlassen wollen, erleben, ist sicher nicht nur von der Bundesregierung hervorgerufen worden. Es ist aber leider durch Frau Merkel und ihre Regierung verstärkt worden. Damit sind Hoffnungen bei den Menschen in den Flüchtlingslagern in der Türkei, im Irak, in Afghanistan und anderswo geweckt worden, die Deutschland und Europa nicht erfüllen können.

Das hat die Bundesregierung zu spät erkannt und versucht jetzt, Zeichen der Reduzierung zu setzen, durch schnellere Asylverfahren, durch Prüfung von Anträgen in Registrierzentren, bei der Begrenzung des Familiennachzugs, bei der Frage, wer wirklich subsidiären Schutz in Anspruch nehmen kann. Die Maßnahmen können den



In Booten oder am Strand zurückgelassene Habseligkeiten von Menschen auf der Flucht - zu sehen in der Ausstellung Herbstsalon des Maxim-Gorki-Theaters. Foto: Horb

Zuzug etwas reduzieren, aber ich glaube nicht, dass sie effektiv gegenüber dem Pulleffekt wirken, der vorher durch die eine falsche Politik der Bundeskanzlerin gesetzt wurde.

Zentral setzt die Bundesregierung auf die Türkei. Die Türkei soll es richten. Zum einen sollen Gelder in die Türkei, auch nach Jordanien und in den Libanon, fließen, um die dortige Unterbringung von Flüchtlingen erträglicher zu machen. Eventuell will man sogar Flüchtlingskontingente aus der Türkei nach Europa übernehmen. Thomas Oppermann hat sich jetzt generell für die Festlegung von flexiblen mit Europa und der UNHCR abgestimmten Kontingenten ausgesprochen. Auch der Bundesinnenminister spricht jetzt von Kontingenten. Nach dem Konzept der Bundesregierung soll die Türkei ihre Grenzen gegenüber Schleusern sichern. In der öffentlichen Debatte ist von Politikern gesagt worden, wir könnten die deutschen Grenze nicht mit Bajonetten schützen. Das Konzept der Bundesregierung läuft im Ergebnis darauf hinaus, dass wir zwar keine eigenen Bajonette einsetzen, uns aber auf die türkischen Krummsäbel verlassen. Ehrlich gesagt, echte humanitäre Unterschiede kann ich nicht erkennen, außer dass die Sicherung der Außengrenze gegenüber der Türkei weiter weg ist und deshalb nicht vor unseren Augen passiert.

Ich gehe davon aus, dass es nach einem Abkommen mit der Türkei zwar eine Reduzierung der Zahlen geben kann, aber realistisch ist auch, dass es danach weiterhin sehr viele Menschen geben wird, die versuchen, nach Europa zu kommen. Zum einen bleibt abzuwarten, wie intensiv eine türkische Kontrolle am Mittelmeer wirkt. Zudem gibt es die türkische Grenze nach Bulgarien, das Schwarze Meer, übrigens auch zunehmend falsche Papiere. Bevor man sieht, wieviele Menschen trotz einer Grenzkontrolle der Türkei kommen, würde ich auch keine Kontingente vereinbaren. Eine Behauptung beim Abkommen mit der Türkei ist ohnehin korrekturbedürftig. Frau

Merkel hat das beabsichtigte Abkommen mit der Türkei in Fernsehinterviews auch damit begründet, dass die Menschen dann näher bei ihrer Heimat sind. Das ist Schönrederei und nur die halbe Wahrheit und gilt allenfalls für einen Teil der Iraker und Syrer. Und keiner aus Afghanistan, aus Pakistan, aus Bangladesch, aus Somalia oder aus sonstigen Staaten Afrikas wählt die Route über die Türkei, weil er dort seiner Heimat näher ist. Für sie ist die Türkei keine Wartestation zur Rückkehr in die Heimat sondern nur Transitland.

**VI. SIND WEITERE MASSNAHMEN
ERFORDERLICH?**

Solange die Zahl von Menschen auf der Balkanroute anhält oder steigt, ist eine politische Strategie gefragt. Es geht nicht mal um willkürlich festzulegende Obergrenzen, sondern um Verteilquoten in Europa. Rechtlich brauchen wir keine Obergrenzen und faktisch würden sie auch nur teilweise nützen. Mit den Bürgerkriegen im Nahen und Mittleren Osten und der zunehmenden Verelendung in Afrika wird es immer wieder Menschen geben, die Krieg oder Not entfliehen oder auch nur persönliches Glück woanders realisieren wollen. Wer von uns würde es nicht auch tun? Aber aus diesem menschlichen Verständnis für den Einzelnen folgt keine Verpflichtung Europas oder Deutschlands auf Aufnahme. Nur die politisch Verfolgten und die Bürgerkriegsflüchtlinge, die ernsthaft individuell bedroht sind, muss Europa aufnehmen. Andere könnte Europa aus humanitären Gründen aufnehmen. Aber Europa kann die anderen auch abweisen. Nur das muss ehrlich und offen diskutiert werden. Diese Diskussion findet derzeit nicht statt. Ich finde es heuchlerisch, wie von vielen Diskutanten die eigene Humanität in den Vordergrund gestellt wird und verbal für eine unbegrenzte Aufnahme von „Flüchtlingen“ geworben wird, während gleichzeitig klammheimlich gehofft wird, andere würden die „Flüchtlinge“ aufhalten.

Wir müssen schon offen darlegen, welche Belastungen auf unsere Bevölkerung durch hohe Zahlen von zu uns kommenden Menschen zukommen, wenn wir sie aus humanitären Gründen aufnehmen. Und hier stört mich das Schönreden der Aufnahme- und Integrationsprobleme in der Debatte. Ich will gar nicht von den kaum zu lösenden Schwierigkeiten bei der Versorgung mit preiswertem Wohnraum in den Ballungsgebieten sprechen. Ich nehme nur das Beispiel der Arbeitsplätze. Die Wirtschaftsweisen haben vor kurzem gesagt, dass das alles zu verkraften sei, wenn die Menschen kurzfristig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Sie wissen offenbar nicht, über wen sie reden. Über 50% der

Fortsetzung Seite 9

Fortsetzung von Seite 9

Ankommenden haben nach seriösen Schätzungen keine ausreichende Schul- oder sonstige Ausbildung. Es wird viele, viele Jahre dauern, sie nachzuschulen und auszubilden, vielleicht bis in die nächste Generation. Haben die Wirtschaftsweisen jemals etwas davon gehört, welche Schwierigkeiten wir jetzt schon haben, Jugendliche mit Migrationshintergrund der 2. und 3. Generation, also hier aufgewachsene junge Menschen, in Arbeit zu bringen?

Ich bin für Humanität, aber ich bin dagegen, mit offenbaren Unwahrheiten abgespeist zu werden. Deshalb muss man nüchtern sehen, wieviel Zuwanderer verkraftbar sind und wen man damit belastet. Man wird jetzt schon, wenn kein einziger Flüchtling dazu kommt - und ich gehe davon aus, dass die bis jetzt Gekommenen großteils bleiben werden -, riesige Geldsummen benötigen, für Kitas, für Schulen, für Wohnungen, für Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die gut oder ordentlich Verdienenden in unserem Lande werden davon kaum belastet werden. Die Reichen in Deutschland können sich Flüchtlinge leisten. Die Kinder aber in heutigen Brennpunktgebieten, die Niedrigverdienenden, insbesondere auch die bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, werden unter der Wohnraumverknappung in den Ballungsgebieten und unter der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt leiden. Auf ihrem Rücken sind die Gutverdiener „humanitär“. Da bin ich als Sozialdemokrat

mit den Niedrigverdienenden, mit den bisher schon Nichtprivilegierten.

Auf lange Sicht wird Europa die politisch Verfolgten und die Bürgerkriegsflüchtlinge weiter aufnehmen, sich aber im übrigen abschotten und die humanitäre Zuwanderung deutlich verringern und kanalisieren müssen. Bis das gelingt, wird wahrscheinlich auch Deutschland, im Einvernehmen mit Österreich, Slowenien, Kroatien, Ungarn, Bulgarien, Serbien, Montenegro und Mazedonien die Grenzen vorübergehend wieder schließen müssen und die Menschen nicht in den jetzt von der Koalition vereinbarten Registrierzentren in Deutschland erst einmal aufnehmen, um sie später nach aller praktischen Erfahrung tatsächlich nur zu einem Teil abschieben zu können. Die Grenzbehörden werden sie entsprechend unserem Recht schon an der Grenze zurückweisen und zurückschieben müssen. Die jetzige Absicht von Slowenien, Mazedonien, Serbien, Kroatien, nur noch Syrer, Iraker und Afghanen durchzulassen ist nur ein erster Schritt. Erst durch eine Grenzschiebung gegenüber allen auf der Balkanroute ergibt sich die Chance, Dublin III wirklich durch eine neue europäische Regelung mit einer vereinbarten Verteilung der politisch Verfolgten und der Bürgerkriegsflüchtlinge auf die europäischen Staaten zu ersetzen.

Europa braucht dazu große Hot Spots, die an den Außengrenzen der EU von der EU und nicht auf Lasten Griechenlands betrieben werden, in denen eine Registrierung und Prüfung der Aufnahmevoraus-

setzungen durch die EU stattfindet. Aus ihnen heraus muss bei denjenigen, die weder als Asylberechtigte noch aus subsidiärem Schutz berechtigt sind und bei denen auch keine sonstigen humanitären Gründe vorliegen, die Rückführung oder notfalls auch Abschiebung in ihre Heimatländer erfolgen. Und diejenigen, die als politisch Asylberechtigte oder Bürgerkriegsflüchtlinge unseres Schutzes bedürfen, müssen von den Hot Spots auf Europa verteilt werden. Dabei kann es übrigens auch nicht auf die Wünsche der Flüchtlinge ankommen, wohin sie verteilt werden. Ein Menschenrecht auf Auswahl des Landes, in dem man leben will, gibt es nicht. Wer den angebotenen Schutz in einem ihm zugewiesenen EU-Land nicht will, hat keinen Anspruch auf einen Schutz oder Unterstützung in einem anderen EU-Land.

Die derzeitige Flüchtlingspolitik fördert in großen Teilen unserer Bevölkerung eine Skepsis bis zur Abneigung gegenüber allen, die kommen, auch gegenüber denjenigen, die dringend Schutz brauchen. Innenpolitisch führt das zu einer zunehmenden Stärkung des rechten Rands unserer Gesellschaft, die Fremdenfeindlichkeit bis hin zu fremdenfeindlichen Straftaten salonfähig macht. Das bereitet mir Sorgen.

Ich will weder eine AfD im Bundestag, noch eine deutsche Front National oder einen Wilders-Ableger. Es wird Zeit für eine ehrliche Diskussion um eine Strategie, die wir den mit uns in Deutschland lebenden Menschen vermitteln können.

Ehrhart Körting □

„Menschlich bleiben. Haltung zeigen“

Der Landesparteitag der Berliner SPD hat am 14. November unter dem Titel „Menschlich bleiben. Haltung zeigen“ einstimmig eine Resolution für eine humane Flüchtlingspolitik verabschiedet. Die Berliner Stimme dokumentiert Auszüge:

Wir wollen ein weltoffenes Berlin, das Menschen in Not willkommen heißt, ihnen Schutz und ein neues Zuhause bietet. Das ist in diesen Tagen und Wochen eine große Herausforderung für Berlin, aber wir tun alles dafür, dass den vielen Flüchtlingen, die jeden Tag neu zu uns kommen, geholfen wird. Sie müssen versorgt werden und brauchen eine Unterkunft. Sie wollen Deutsch lernen und die Kinder brauchen eine Schule und Betreuung.

Wir danken allen, die bei der Flüchtlingshilfe mitanpacken und mithelfen. Wir wollen ihnen die Arbeit erleichtern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass die öffentlichen und admini-

strativen Leistungen an die sich stellenden Aufgaben bei der Flüchtlingshilfe angepasst werden. Wir werden zusätzliche Mittel dafür einsetzen, um die bis weit über ihre eigentlichen Belastungsgrenzen arbeitende Verwaltung besser zu unterstützen, damit der Staat seine Pflicht der Grundversorgung gegenüber geflüchteten Menschen besser wahrnehmen kann. Die Arbeit ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in akuten Notlagen (z.B. Erstaufnahmeeinrichtungen) wird dabei in der aktuellen Situation weiterhin für die Flüchtlinge überall in Berlin nötig sein.

Wir sind dankbar für dieses Engagement. Es zeigt: Berlin ist eine solidarische Stadt, in der man füreinander da ist. (...)

Wir wissen, dass manche Menschen trotz ihrer Solidarität auch Ängste haben – auch diejenigen, die die Unterstützung eines sozialen Staates genauso wie Flüchtlinge dringend brauchen. Ihre Sorgen nehmen wir ernst und wir werden unsere Politik weiterhin daran ausrichten, dass Solida-

rität alle in Not erreichen muss – niemand muss Angst haben, zurückgelassen zu werden. Keine Gruppe darf gegen die andere ausgespielt werden.

Wir treten für eine humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik ein. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb darf nie die ökonomische Verwertbarkeit eines Menschen einen Einfluss auf die Aufnahme eines Asylantragsverfahrens und den Erfolg eines Asylantrags haben. Wer verfolgt ist, hat einen Anspruch auf Asyl. Dazu gehört aber auch, dass diejenigen, deren Asylersuchen endgültig abgelehnt wurde, Deutschland wieder verlassen müssen.

Wir fordern ein Einwanderungsgesetz, das Möglichkeiten der legalen Einwanderung nach Deutschland gibt und als eigenständige Rechtsgrundlage einer legalen Zuwanderung neben dem Asylrecht steht. (...)

➡ Der vollständige Beschluss im Internet: parteitag.spd.berlin

Asyl und Flucht:

Die Chancen der Krise

Karl-Heinz Niedermeyer: Eine „ungehaltene Rede“ über die deutsche Flüchtlingspolitik

„Ungehalten“ ist die folgende Rede, die ich jetzt in Form eines Artikels in der Berliner Stimme präsentiere, weil ich die Gelegenheit versäumt habe, meine grundsätzliche Position zur deutschen Flüchtlingspolitik auf dem letzten Landesparteitag vorzutragen und statt dessen nur zu Detailproblemen Stellung genommen habe.

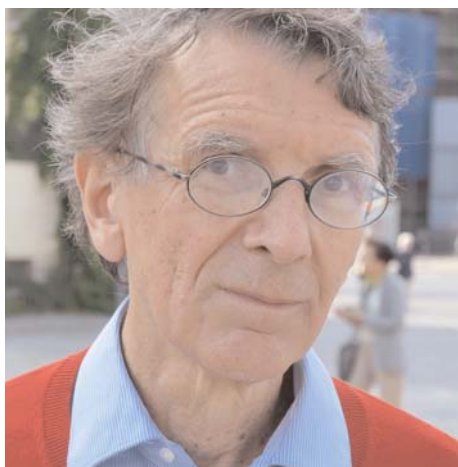
Ich beginne mit einem Lob der vom Landesparteitag am 14.11.15 beschlossenen Resolution Ro1. Sie ist außerordentlich konstruktiv und hilfreich für die weitere Profilierung der Berliner Linie - genauer gesagt, der Linie der Berliner SPD - in der Flüchtlingspolitik.

Durch sie - mehr noch natürlich durch tätiges Handeln des Regierenden Bürgermeisters und der SPD-Mitglieder des Senats, durch die Regierungserklärung Michael Müllers und seine auf dem Hintergrund der politischen und persönlichen Rahmenbedingungen, unter denen sie gehalten wurde, um so eindrucksvollere Parteitage, unter denen sie gehalten wurde - ist etwa der Juso-Antrag „Flüchtlingspolitik zur Chefsache machen“ in seiner Stoßrichtung gegenstandslos geworden, auch wenn die in dem entsprechenden Antrag enthaltene Mängelliste zum Umgang mit geflüchteten Menschen in Berlin sehr wohl als Leitfaden zum Abstellen von Missständen und Defiziten dienen kann.

„Ungehalten“ ist meine Rede aber noch in einem übertragenen Sinne: Ich bin ungehalten, nein, ich bin empört über die Manöver von Unions-Mitgliedern der Bundesregierung und Mitgliedern des bayerischen Kabinetts, mit denen versucht wird, die Bundeskanzlerin zu einer Abkehr von ihrer mit den paradigmatischen und für ihren bisherigen Politikstil ungewöhnlich klaren und entschlossenen Aussagen „Wir schaffen das!“ „Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze.“ und „Wir müssen den Schutzbedürftigen helfen“ gekennzeichneten neuen Linie in der Flüchtlingspolitik zu zwingen.

Dieses durch Taten bestätigte Bekenntnis zum Rechtsstaat, zu den Menschenrechten und zu einer an Werten und nicht nur an Macht- und Wirtschaftsinteressen orientierten Politik wird allerdings inzwischen schon wieder in Frage gestellt durch den Versuch, durch einen Deal mit dem türkischen Präsidenten Erdogan die derzeitige Fluchtbewegung über die Balkanroute zu stoppen oder mindestens abzuwehren.

Erdogan soll den Türwächter spielen für syrische Flüchtlinge, die über die griechi-



Karl-Heinz Niedermeyer ist Vorsitzender des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin.

sehen Inseln an der Ägäisküste nach Deutschland wollen und er fordert - und bekommt wohl auch vor allem durch die ihm schon vor der letzten Parlamentswahl und Merksels Auftritt bei der G 20-Konferenz in Antalya - für seine politische Zukunft unschätzbare Gegenleistungen:

○ Finanzielle Unterstützung, die offiziell für die Versorgung von syrischen Flüchtlingen in Notaufnahmehotels in der Türkei bestimmt ist

○ Diplomatische Aufwertung und damit indirekt einen Persilschein für seinen mit Anheizen innerpolitischer Spannungen unter Inkaufnahme von zahlreichen Toten und massiver Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit erreichten Wahlerfolg

○ Wiederaufnahme der Verhandlungen zum EU-Beitritt mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft der Türkei trotz eines verheerenden „Fortschrittsberichts“ der EU-Kommission zum bisherigen Beitrittsprozess, der massive Rückschritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Meinungs- und Pressefreiheit konstatiert. (Der Bericht wurde bezeichnender Weise erst nach der Parlamentswahl veröffentlicht!)

○ Reiseerleichterungen für türkische Staatsangehörige nach Europa mit der Perspektive eines visafreien Reiseverkehrs.

Gerade dieser letzte Punkt möglicher Zugeständnisse an Erdogan schlägt die Verbindung zu den stärksten Gründen für die „Ungehaltenheit“ und Empörung, die ich in dieser Rede bzw. diesem Artikel zum Ausdruck bringen möchte und die ich gerne mit führenden Politiker/Innen der Bundestags-Opposition, der SPD, aber auch der Union teile: die Empörung über die Instru-

mentalierung der Opfer der schrecklichen Anschläge von Paris durch Markus Söder und Horst Seehofer für eine den Volksverhetzer/Innen bei Pegida und im rechtsextremistischen Spektrum in die Hände spielenden innenpolitischen Agenda - flächendeckende Wiedereinführung von Grenzkontrollen bis zur völligen Schließung der Grenzen - zu instrumentalisieren.

Wenn den Forderungen Erdogans nach einer visafreien Einreise türkischer Staatsangehöriger in die EU unter den jetzigen politischen Rahmenbedingungen nachgegeben wird - und wenn die Türkei auf einem demokratischen Wege wäre und sich entschlossen und überzeugend gegen jede Form jenes gewaltgeneigten islamistischen Fundamentalismus positionieren würde, der das organisatorische Fundament und den ideologischen Nährboden der Anschläge von Paris darstellt, hätte ich kein Problem damit, diese Forderung zu unterstützen - dann wäre die Gefahr sehr viel größer, dass IS-Attentäter aus der Türkei visafrei nach Deutschland einreisen als dass sie als Flüchtlinge getarnt über die Balkan-Route hierher kommen.

In jedem Fall sind alle Versuche, die Angst vor terroristischen Anschlägen in Abwehr-Reflexe gegen Flüchtlinge umzu lenken verantwortungslos, wenn nicht verabscheuungswürdige politische Zünde leien, die wir als Sozialdemokrat/Innen entscheiden brandmarken müssen.

Anders sieht es aus mit der Debatte um die Einhaltung eines rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden kontrollierbaren Verfahrens bei der Feststellung der Flüchtlingseigenschaft, des Rechts auf Schutz vor Verfolgung bei der großen Zahl von Menschen, die derzeit nach Deutschland kommen. Die mit dem Grundsatz des Rechts auf Asyl als Individualrecht eng verknüpfte Prüfung des Einzelfalls ist nicht mehr gegeben, wenn dem Großteil der Neuankommlinge allein auf Grund der Angabe des Herkunftslands in einem Fragebogen und ohne verlässliche Identitätsprüfung Schutz gewährt wird.

Das Individualrecht auf Asyl ist aber auch tatsächlich - nicht rechtlich - von der Aushöhlung bedroht, wenn auf Grund der Herkunft aus einem „sicheren Herkunftsland“ im tatsächlichen Verfahren fast ausnahmslos die Vermutung durchschlägt, dass für die Einreise nach Deutschland kein asylrelevantes Motiv vorliegt.

Es ist schwer sicher zu stellen, dass bei den Prüfungsverfahren und dem sonstigen

Fortsetzung Seite 12

Integration:**„Die SPD darf die Entwicklung nicht verschlafen „**

„Deutschland wird bunter – auch durch die zu uns kommenden Flüchtlinge. Die SPD darf diese Entwicklung nicht verschlafen, sondern sollte sie gestalten. Es ist Zeit für eine sozialdemokratische Agenda für Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft „, schreiben Farhad Dilmaghani, Mitglied der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, und der dortige Kreisvorsitzende Christian Gaebler in einem Beitrag für die Vorwärts-Internetseite.

Die beiden Autooren entwerfen in ihrem Beitrag ein mögliches Szenario für das Jahr 2025 und fordern die SPD zum Handeln auf. „Sicher ist: Die Einwanderungsgesellschaft ist anstrengend für alle und sie gestaltet sich nicht von selbst. Dasselbe gilt für den Anspruch der SPD, die führende Vielfalts- und Integrationspartei in Deutschland zu werden, eine deutliche Mehrheit in unserem Land dabei mitzunehmen und damit den rechten Rattenfängern eine klare zukunftsgerichtete Position entgegenzusetzen.“

Dilmaghani und Gaebler fordern einen „neuen verfassungsrechtlichen Kompass für die Einwanderungsgesellschaft „, neues Leitbild der bundesrepublikanischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert und eine neue Gemeinschaftsaufgabe „gleichberechtigte Teilhabe und Integration „, um die Kosten nicht allein den Ländern und Kommunen aufzubürden. Es sei notwendig, die Einwanderung nach Deutschland im Sinne nationaler Interessen mit einem Einwanderungsgesetz stärker zu steuern.

Zudem sollte der innerparteiliche Weg der interkulturellen Öffnung der SPD weiter forciert werden. Zur verbesserten Repräsentation von Migrantinnen gehöre auch die Einführung einer Quote von 15 Prozent in den Führungsgremien der SPD. Die Bundes-SPD sollte die Ergebnisse der Umsetzung mit einer ExpertInnenkommission begleiten und einen Parteikongress organisieren. **BS □**

➡ Der vollständige Beitrag zum Nachlesen auf den Internetseiten des Vorwärts: <http://www.vorwaerts.de/artikel/sozialdemokraten-einwanderung-gestalten>

Fortsetzung von Seite 11

Umgang mit geflüchteten Menschen die Ziele der Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien, der Gleichbehandlung und der Gerechtigkeit gegenüber den unterschiedlichen Problemlagen der bei uns Schutz, Zuflucht oder einen anderweitig motivierten Aufenthalt suchenden Menschen, vor allem aber der weiteren Verbesserung der Bedingungen für eine gelingende Integration gleichgewichtig verfolgt und umgesetzt werden müssen.

Hans-Georg Lorenz hat in der Debatte auf dem Landesparteitag mit Recht herausgestellt, dass bei allen Versuchen, die Lage der jetzt neu ankommenden geflüchteten Menschen zu erleichtern und sie möglichst schnell in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren, die Rechte und berechtigten Ansprüche der seit langem hier lebenden Mirgrant/Innen, aber auch aller anderen Gruppen mit Zugangsproblemen zum Arbeitsmarkt und zu gesellschaftlicher Teilhabe nicht unter die Räder kommen dürfen.

WIR SCHAFFEN DAS, WENN...

Trotz all dieser Probleme brauchen wir - wie ich glaube - einen Mentalitätswechsel in der Flüchtlingspolitik, für den das Diktum der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das!“ die Grundlage bieten kann, aber nicht ausreicht.

Wir schaffen das, wenn wir die Zuwanderung dieser großen Zahl von flüchtenden Menschen nicht nur als Herausforderung begreifen, die an unsere Grenzen reicht, sondern auch als Chance. Als Chance, wie sie Michael Müller in seiner jüngsten Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik schon beim Schopf gepackt hat. Die Herausforderung löst Blockaden - beim Wohnungsbau, bei der Öffnung neuer Zugänge auf dem Arbeitsmarkt und erweiterter Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten.

Wir müssen als Sozialdemokraten nur klar machen, dass wir diese Herausforderung nicht erst mit dem Anwachsen der Flüchtlingszahlen in den Blick genommen haben und - gerade in Berlin - schon vorher mit wichtigen Maßnahmen begonnen haben wie Wohnungsbauprogrammen, Begrenzung der Miethöhe, Zweckentfremdungsverbot für Wohnungen. Angesichts des Drucks von Kapitalinteressen in der Lohn- und Wohnungspolitik, welche in der aktuellen Fluchtbewegung eine Triebkraft für einen neuen Deregulierungsschub auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sehen, dürfen wir jetzt froh, aber auch ein wenig stolz sein, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung den Mindestlohn und die Mietpreisbremse durchgesetzt haben.

Die Wirtschaftsweisen sehen ja fast nur

segensreiche Wirkungen der aktuellen Flüchtlingsbewegungen: Zunehmende öffentliche Ausgaben für die Aufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge wirken auch nach der Analyse von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahe stehenden Ökonomen wie ein Konjunkturprogramm und mildern die Auswirkungen der schädlichen Austeritätspolitik. Und in zehn Jahren wird die gelungene Integration eines großen Teils der Neuankömmlinge nach diesen Analysen die Wirtschaftsentwicklung erst richtig beflügeln.

MORALISCH-MENSCHLICHER ASPEKT

Wir sollten aber neben dem wirtschaftlich-sozialen Aspekt den moralisch-menschlichen Aspekt unserer Flüchtlings- und Asylpolitik nicht außer Acht lassen. Deutschland hat offensichtlich durch den exemplarischen und im Ganzen vorbildlichen Umgang mit den über die Balkanroute kommenden geflüchteten Menschen mehr an Ansehen in der Welt gewonnen als durch alle Export- und Sparerfolge.

Dieser Vorgang knüpft durchaus an an die Gewinne an Ansehen, welche Willy Brandts Politik der Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern und Opfern der nationalsozialistischen Gewaltpolitik und die Aufarbeitung der in der Nazizeit angehäuften deutschen Schuld für Deutschland erbracht hat.

Ein chinesischer Politikwissenschaftler sagte einmal in einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus über den berühmten Kniefall von Willy Brandt in Warschau: „Wer niedergekniet ist, war Willy Brandt. Wer aufgestanden ist, war Deutschland.“

Wenn Deutschland auch diese auf dem Hintergrund der Integration von Millionen von Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg und vor und nach der Maueröffnung gar nicht so außerordentliche Herausforderung der aktuellen Flüchtlingsbewegung gemeistert haben wird, dann wird Deutschland - wie es Angela Merkel einmal in Bezug auf die Finanzkrise von 2008 formuliert hat - stärker aus der Krise hervorgehen als es vorher war und zwar nicht nur im wirtschaftlich-sozialen Sinne, sondern mit der Perspektive, eine Friedensmacht zu repräsentieren, welche entscheidend zu einem solidarischen Europa und einer solidarischen Welt beitragen kann.

Mut ist also das Gebot der Stunde, nicht Kleinmut und Defätismus.

Und wenn das Licht der Bundesregierung im kleinlichen Parteienstreit zu einer trüben Funzel zu werden droht, dann ist es der Part der Berliner SPD mit einem mutig voranschreitenden Regierenden Bürgermeister Michael Müller, diese Fackel weiter zu tragen. **Karl-Heinz Niedermeyer □**

Briefwechsel

„Wir haben manches miteinander bewirkt“

Partner und Rivalen: Der Briefwechsel zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt

Mal waren es kurze Notizen, mal förmliche Schreiben, mal lange handgeschriebene Briefe, die zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt in den Jahren von 1958 bis 1992 hin- und hergingen. Der Briefwechsel ist jetzt in einem Band mit mehr als 1000 Seiten erschienen, zusammengetragen, eingeleitet und mit zahlreichen Anmerkungen versehen von Meik Woyke. Die Briefe geben Einblick in die Gedankenwelt der beiden Sozialdemokraten, sie erzählen auch vom nicht immer einfachen Verhältnis der beiden zueinander.

„Partner und Rivalen“ lautet der Untertitel des Bandes, erschienen im Bonner Dietz Verlag. In mehreren Archiven hat Dr. Meik Woyke, seit 2012 Leiter des Referats „Public History“ im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln, insgesamt 717 Briefe ausfindig gemacht. Auch wenn ab und an die Anlagen der Briefe verschwunden sind und vielleicht der eine oder andere nicht archiviert wurde - ob es solche tiefen Einblicke in die Zusammenarbeit zweier Politiker für spätere Historikergenerationen noch einmal gibt, ist im SMS-Zeitalter fraglich.

Ein Altersunterschied von gerade einmal fünf Jahren bedeutete für Willy Brandt, der im Widerstand gegen das NS-Regime engagiert war, und den jüngeren Helmut Schmidt, der zur Wehrmacht eingezogen war, gänzlich unterschiedliche Lebenserfahrungen. Aber auch unterschiedliche Persönlichkeitsstrukturen führten dazu, dass es im Laufe der vielen Jahre zu keiner wirk-



Willy Brandt - Helmut Schmidt

Partner und Rivalen

Der Briefwechsel (1958 - 1992)

Herausgegeben und eingeleitet von Meik Woyke



Willy Brandt - Helmut Schmidt, Partner und Rivalen, Der Briefwechsel (1958-1992) (Willy-Brandt-Dokumente), herausgegeben und eingeleitet von Meik Woyke, Willy-Brandt-Dokumente, Band 3, broschiert, 1104 Seiten, Verlag J.H.W. Dietz Nachf.; Oktober 2015, ISBN 978-3-8012-0445-7

lichen Nähe kam, wohl aber zu einer anregenden Arbeitsbeziehung und zeitweise auch zu einem Wettstreit der Ideen. Der Wechsel der Funktionen veränderte immer wieder auch das Verhältnis der beiden zueinander. Mal erwartete sich der Kanzlerkandidat Willy Brandt Unterstützung, mal suchte der Hamburger Innensenator

Schmidt Informationen, mal korrespondierte der Bundeskanzler Willy Brandt mit dem Fraktionsvorsitzenden, dann der Kanzler Schmidt mit dem Parteivorsitzenden Brandt. An Ratschlägen und Hinweisen fehlt es nicht, mal um auf bevorstehende Veröffentlichungen hinzuweisen, mal um aus Gesprächen zu berichten, mal auch, um die eigenen politischen Ansprüche zu wahren. So nutzt Willy Brandt beispielsweise sogar die Geburtstagsglückwünsche an Schmidt 1968, um dezent sein anderes Verhältnis gegenüber der Studentenbewegung deutlich zu machen. Schon aus der Länge mancher Schreiben wird die Bedeutung erkennbar, die sich beide gegenseitig zumesen.

Auch in späteren Jahren wird im Rückblick noch einmal manches erklärt, oft, weil neue Buchveröffentlichungen bevorstehen. Aber die Bedeutung der Differenzen, so Schmidt in einem handschriftlichen Brief 1988, verliert sich. Es bleiben großer Respekt und eine positive Bilanz: „Ich stimme Dir zu: Wir haben manches miteinander bewirkt, was zugunsten unseres Landes und unserer Partei positiv zu Buche geschlagen ist“, stellt Schmidt im Februar 1989 fest.

Der Briefwechsel macht viele Entscheidungen der beiden nachvollziehbar und verständlich, auch dank der umfangreichen und nahezu lückenlosen Anmerkungen, die die historischen Ereignisse und die erwähnten Personen ins Gedächtnis rufen. Egal, wo die Leserinnen und Leser innerhalb der tausend Seiten mit der Lektüre beginnen - es ist ein Band, in dem sie sich festlesen können.

U. Horb □

Buchvorstellung:

Soziale Demokratie in 49 Porträts

49 „Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie“ vereint ein Buch, herausgegeben von Dr. Christian Krell, das am 1. Dezember präsentiert wird.

Karl Marx, August Bebel, Elisabeth Selbert, Rosa Luxemburg, Willy Brandt, Paul Tillich und viele andere haben die Idee und Praxis Sozialer Demokratie in Deutschland geprägt. Ihre Lebensläufe zeigen auch die Ideen- und Bewegungsgeschichte der Sozialen Demokratie. **PM** □

➔ Buchpräsentation mit SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan, Herausgeber Dr. Christian Krell und Prof. Dr. Helga Grebing, Dienstag, 1. Dezember, 13:30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin

Gedenkveranstaltung:

Sozialist und Kirchenkritiker

Freireligiöse Gemeinde erinnert an den „Zehn-Gebote-Hoffmann“

Adolph Hoffmann (1858 - 1930) war Sozialist, Verleger, Freireligiöser, Freidenker, Parlamentarier der Sozialdemokratie. Die Freireligiöse Gemeinde, deren Vorsitzender er von 1913 bis 1926 war, erinnert jetzt mit einer Gedenkveranstaltung an seinen 85. Todestag.

In seinen Gedenkworten wird Dr. Rainer Sandvoß (Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Historische Kommission der Sozialdemokratie) an das Wirken Hoffmanns als Mitglied des Reichstages (1902 - 1907 und 1920 - 1924), Mitglied der Preußischen Nationalversammlung (1908 - 1918)



und - von 1900 bis 1929 - als Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung) erinnern. Seinen Spitznamen „Zehn-Gebote-Hoffmann“ erhielt der Sozialist und Kirchenkritiker nach der Veröffentlichung seiner Schrift „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“.

BS □

➔ Gedenkveranstaltung, Mittwoch, d. 2. Dezember 2015, 11 Uhr, Städtischer Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Gedenkstätte der Sozialisten, Gudrunstraße 20, 10365 Berlin (Friedrichsfelde). Musikalische Umrahmung: Isabel Neuenfeldt (Gesang, Akkordeon) Michael Korn (Tuba, Po-

Trauer um Stephan Bünger

Unser Genosse Stephan Bünger ist völlig überraschend Mitte November verstorben ist. Stephan hatte in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag gefeiert.

Alle, die ihn geschätzt und geliebt haben, sind völlig fassungslos, wie plötzlich Stephan uns verlassen hat. Nicht nur als Mitglied unseres Kreisverbandes Treptow-Köpenick, als Vorsitzender der AG Queer und als Mitglied unseres Kreisvorstandes hat sich Stephan unglaublich verdient gemacht - sein Engagement für Altglienicke mit dem Familienbegegnungszentrum, als Einzelfallhelfer in der Jugendhilfe, als streitbarer Jugendpolitiker, als Moderator auf allen Ebenen und vielen Veranstaltungen hat sich Stephan einen herausragenden Namen erarbeitet.

Er war Kämpfer für die Schwachen in unserer Gesellschaft, die sich in seinen Armen geborgen fühlen konnten. Er war genauso ein wichtiger Berater für uns alle, der mit seiner ausgleichenden Art in jeder Situation ein Gewinn war. Es ist furchtbar, von Stephan in der Vergangenheit reden zu müssen. Stephan hatte noch viel vor - und es gab für ihn noch viel zu tun: sein Altglie-

nicke bekommt jetzt ein Quartiersmanagement-Gebiet. Er hatte schon Pläne, Ideen dafür. Unseren Kreisverband wollte er mit einem neuen Beteiligungskonzept bereichern. Wir müssen nun auf seinen Ratsschlag verzichten.

Wir haben nicht nur einen tollen Sozialdemokraten verloren, von uns ist ein Menschenfreund gegangen. Wir können es nicht fassen. Wir trauern.

Oliver Igel, Kreisvorsitzender □

Claus E. Klar ist verstorben

Über mehrere Wahlperioden war Claus E. Klar (geb. 1.9.1931, gest. 6.11.2015) Bezirksverordneter in der BVV Wilmersdorf, nach der Bezirksfusion in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Wie kaum ein anderer verstand der Experte für Bau- und Stadtentwicklungspolitik, nicht nur das im Fokus der Öffentlichkeit stehende Bauprojekt zu sehen. Stets beschäftigte ihn die Frage, wie sich dieses in das umgebende Stadtbild stimmig eingliedern würde. Und der Baukörper selbst durfte nicht nur Masse sein, sondern musste eine gestalterische Qualität haben. Darauf legte Claus als freischaffender Architekt besonderen Wert.

Den Kolleginnen und Kollegen, die nach einer Wahl neu in die BVV kamen und erste kommunalpolitische Erfahrungen machten, stand der leidenschaftliche Hobby-Jäger mit Rat und Tat zur Seite. Das tat er selten in großer Runde, vielmehr passte er eine ruhige Minute ab und geizte dann im Vier-Augen-Gespräch nicht mit konstruktiver Kritik. Dieses durfte ich selbst in meinen ersten Jahren immer wieder erfahren und viele seiner Ratschläge begleiten mich bis heute.

In der Familie Klar wurde besonderer Wert auf Gleichstellung gelegt. Mit Ika Klar stand ihm eine sehr starke Ehefrau zur Seite, die mit ihren Forderungen zur Geschlechtergerechtigkeit nicht nur die Berliner SPD geprägt hatte.

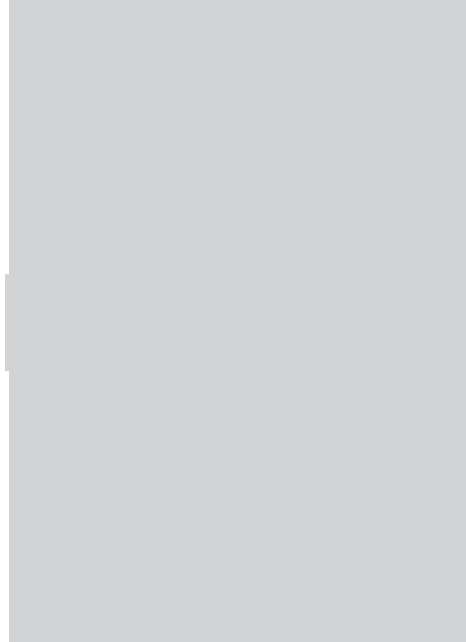
Auch Claus ließ Fraktion und BVV immer wieder spüren, dass Gleichstellung keine Ansichtssache sei, sondern Voraussetzung für alle Lebens- und Arbeitsbereiche.

Auf unserer Fraktionsklausurtagung im November gedachten wir Claus und tauschten so manche Anekdote aus, die wir mit ihm verbinden. Und wir werden ihm auch in Zukunft ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Holger Wuttig, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E



■ 30.11.2015, 17:30 - 18:30, **Dr. Susanne Kitschun, Mda Friedrichshain, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro. Grünberger Straße 4, 10243 Berlin. Anmeldung und Rückfragen unter der Telefonnummer 030 / 23 25 22 13

■ 30.11.2015, 17:00, **Daniel Buchholz, Mda Spandau, gemeinsame Mieter-Sprechstunde** mit Jürgen Wilhelm vom Berliner Mieterverein, Bürgerbüro von Daniel Buchholz, Quellweg 10, 13629 Berlin, Bitte anmelden per E-Mail an info@daniel-buchholz.de oder unter Telefon (030) 9235 9280.

■ 30.11.2015, 18:00, Brigitte Lange, Mda Märkisches Viertel und Lübars, **Ausstellung „Im Wald und auf der Heide...“**, Galerie im Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Martin Gietz führt persönlich durch seine derzeitige Ausstellung

■ 01.12.2015, 12:30 - 14:00, **Bruni Wildenheimplauterbach, Mda - Wedding, Telefonische Sprechstunde** Tel. 030/2325-2297

■ 01.12.2015, 07:30 - 09:00, **Björn Eggert, Mda Kreuzberg, #Dienstagsfrühverteilung**, U Mehringdamm, 10961 Berlin

■ 01.12.2015, 09:30 - 12:30, **Björn Eggert, Mda Kreuzberg, Bürger*innensprechstunde**, Abgeordnetenbüro im AWO-Café, Oranienstraße 69, 10969 Berlin

■ 01.12.2015, 18:00, SPD Spandau, **Raed Saleh lädt ein zum Kiezgespräch**, Siedlereck, Amalienhofstraße 5, 13581 Berlin

■ 01.12.2015, 19:30, Swen Schulz, MdB Spandau, **Mobilität von morgen**, mit Sören Bartol, MdB, sowie Christian Gaebler, Staatssekretär für Verkehr und Umwelt, Haus am Mierendorffplatz, Mierendorffplatz 19, 10589 Berlin

■ 02.12.2015, 18:00 - 19:00, Clara West, Mda - Pankow, **Sozialrechtsprechstunde**, Wahlkreisbüro Naugarder Straße 43, 10409 Berlin. Die orientierende Beratung ist kostenlos, aber

um vorherige Anmeldung wird gebeten unter 030/767 300 36 oder per E-Mail svenja.kraus@clara-west.de

■ 02.12.2015, 16:30 - 18:30, AG Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD-Berlin, **Vorstellung der Integrationsfirma GETEQ gGmbH und ihres nueva-Modells**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 03.12.2015, 12:00 - 13:00, **Ralf Wieland, Mda Wedding, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstr. 19 a, 13357 Berlin

■ 03.12.2015, 18:30, AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf, **Interkulturelles Jahresabschlusstreffen**, Restaurant „Partenon“, Steglitzer Damm 1, 12169 Berlin

■ 03.12.2015, 19:00, **ASJ und Fachausschuss Inneres und Recht**, Weihnachtsfeier, Osteria Caruso, Köthener Str. 38, 10963 Berlin

■ 04.12.2015, 13:00 - 14:30, **Ulker Radziwill, Mda, Bürgersprechstunde**, Nachbarschaftszentrum Divan e.V., Nehringstraße 26, 14057 Berlin

Alexander Kulpok liest

Der Journalist und Autor Alexander Kulpok liest am 3. Dezember um 19.30 Uhr aus seinem neuen Roman „Ansklopfende Herz der Welt“. Für die musikalische Umrahmung sorgt Helena Ponnier (Harfe). Der Eintritt kostet 5 Euro.

Donnerstag, 3. Dezember 2015, Beginn 19.30 Uhr, Humboldt-Bibliothek, Karolinenstraße 19, 13507 Berlin

■ 04.12.2015, 14:00, SPD **AG 6oplus Mitte, Jahresabschluss**, Freizeitstätte Haus Bottrop, Schönwalder Str. 4, 13347 Berlin

■ 04.12.2015, 19:00, AG Migration und Vielfalt Berlin | Projektgruppe RuSiB, **Russisch- und Ukrainischsprachige in Berlin. Was uns verbindet? Was uns trennt?** mit Oleksandra Bienert, Historikerin, Mitbegründerin der ukrainischen Menschenrechtsgruppe PRAVO, Dr. Andrej Tchernodarov, Politik- und Kulturwissenschaftler, Moderation: Dr. Dmitri Stratiewski, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 04.12.2015, 19:00, **Afa Mitte, Weihnachtsessen**, Berliner Wappen, Michaelkirchplatz 11, 10179 Berlin

04.12.2015, 15:00, SPD **AG 6oplus Neukölln, Jahresabschlussfeier**, Neukölln, Pape's Gasthaus, Sonnenallee 127, 12059 Berlin

■ 05.12.2015, 14:00 - 19:00, Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **100 Jahr afghanisch-deutsche Freundschaft**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 05.12.2015, 18:30, **AG Migration und Vielfalt Pankow, Weihnachtsfeier**, Sonntagclub, Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin

■ 07.12.2015, 17:30 - 18:30 Uhr, **Frederic Verrycken, Bürgersprechstunde** im Kiezbüro Taugogener Str. 45, 10589 Berlin

■ 08.12.2015, 07:30 - 09:00, **Björn Eggert, Mda Kreuzberg, Dienstagsfrühverteilung**, U Platz der Luftbrücke, 10965 Berlin

■ 08.12.2015, 09:30 - 12:30, **Björn Eggert, Mda Kreuzberg, Bürger*innensprechstunde**, Abgeordnetenbüro im AWO-Café, Oranienstraße 69, 10969 Berlin

■ 08.12.2015, 18:00, Afa Charlottenburg-Wilmersdorf, **Jahreshauptversammlung**, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 08.12.2015, 19:00 Uhr, AK Sicherheitspolitik, **„Sozialdemokratische Antworten auf sicherheitspolitische Herausforderungen gestern und heute“** mit dem ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung und heutigen Vorsitzenden des Forums Sicherheits- und Verteidigungspolitik beim SPD-Parteivorstand Walter Kolbow, Raum 161, Abgeordnetenhaus von Berlin. Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin. Anmeldung erbeten bis zum 04.12.2015 unter ak-sipo@spd.berlin

■ 09.12.2015, 19:00, **Forum Netzpolitik in der Berliner SPD, Gemütliche Runde**, Brut, Torstraße 68, 10119 Berlin

■ 10.12.2015, 19:00, SPE AktivistInnen, **SPE Stammtisch**, Café Organe, Oranienburger Straße 32, 10117 Berlin

■ 10.12.2015, 19:00, ASF Friedrichshain-Kreuzberg, **ASF-Sitzung zum Kreiswahlprogramm Friedrichshain-Kreuzberg**, SPD Kreisbüro Friedrichshain-Kreuzberg, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

■ 11.12.2015, 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, Mda - Moabit, Hansaviertel, Tiergarten-Süd, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Arminiusmarkthalle Moabit, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin

■ 11.12.2015, 19:00 **ASF, Weihnachtsfeier**, Filmbühne Steinplatz, Hardenbergstraße 12, 10623 Berlin

■ 11.12.2015, 16:00 - 17:30, **Iris Spranger, Mda, Bürgersprechstunde**, SPD-Bürgerbüro, Köpenicker Str. 25, 12683 Berlin. Um Anmeldung unter 030-522 833 65 wird gebeten.

■ 11.12.2015, 19:00, Franziska Becker, Mda, Politik&Biographie: **Horst Bosetzky (-ky) liest**, Wahlkreisbüro, Fechnerstraße 6a, 10715 Berlin. Der Zeitzeuge der Berliner Nachkriegsjahre und populäre Krimiautor liest aus dieser Zeit im Wahlkreisbüro der Wilmersdorfer Abgeordneten Franziska Becker. <http://www.becker2011.de/show/8704218.htm>

■ 12.12.2015, 10:00 Uhr, **Frederic Verrycken, mobile Bürgersprechstunde** vor Reichelt Edeka am Heckerdamm 225 und vor Netto am Heckerdamm 240.

■ 12.12.2015, 11:00 - 12:00, Clara West, Mda - Pankow, **Beratung zum Mietrecht**, Wahlkreisbüro Dr. Clara West, Mda, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin. Die orientierende Beratung ist kostenlos, um vorherige Anmeldung wird gebeten unter 030/767 300 36.

■ Alle Termine: www.spd.berlin/termine

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Stimmungsvoll bis rummelig

Zimtgeruch, Musik und Kunsthandwerk: Die Berliner Weihnachtsmärkte öffnen

Gut drei Monate nach dem Verkaufstart für Dominosteine und Schokobrezeln wird es nun ernst: Die Berliner Weihnachtsmärkte laden zum Bummel und zum Einkauf ein.

Es sind zwei ziemlich gegensätzliche Typen von Weihnachtsmärkten, die in der Stadt zu finden sind. Da gibt es die rummeligen und trubeligen, mit der Massenverkostung von Glühwein, bei denen der Geruch von kandierten Mandeln die Besucherinnen und Besucher unweigerlich vorbei am blinkenden Bäumchen ins nächste Shopping-Center führt. Und es gibt die bedächtigen, die wohlütigen, die kunsthandwerklichen, auf denen die Töne der Weihnachtslieder noch aus echten Flöten kommen.

Gut hundert Hütten und eine riesige Erzgebirgspyramide sind wieder bis zum 27. Dezember am Alexanderplatz aufgebaut, nur ein paar Schritte weiter liegt der „Wintertraum am Alexa“ mit Riesenrad, Jahrmarktständen und 90 Meter Freifall-Turm. Ein Riesenrad steht bis zum 29. Dezember auch an der „Berliner Weihnachtszeit“ am Roten Rathaus, wo in den Kulissen Alt-Berliner Atmosphäre entstehen soll.

Einen Euro kostet der Eintritt zum Weihnachtszauber am Gendarmenmarkt, einem kulinarisch-handwerklichen Angebot mit viel Musik. Nostalgisch mit Kunsthandwerk und kleinen Fahrgeschäften gibt sich wieder der Weihnachtsmarkt, der früher am Opernpalais und jetzt am Schlossplatz residiert.

Am Potsdamer Platz besteht die „Winterwelt“ bis zum 3. Januar aus Rodel- und Eisbahn mit angrenzendem kleinem Weihnachtsmarkt. In der City-West sind rund 100 Buden und ein Streichelzoo beim 32. Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche zu finden. Und vor der strahlenden Kulisse des Charlottenburger Schlosses halten 250 Anbieter weihnachtliche Überraschungen bereit. Einer der größten Weihnachts-



Weihnachtsmarkt in der Sophienstraße in Mitte, nahe der Hackeschen Höfe. Foto: Ulrich Horb

märkte zieht sich durch die Spandauer Altstadt, werktags mit 250 Ständen, am Wochenende mit 400, einer Weihnachtskrippe mit lebendigen Tieren und - rund um die Nikolaikirche - mit viel Kunsthandwerk. All diese Märkte haben täglich bis etwa 22 Uhr geöffnet.

Sehr viel individueller geht es dagegen beim Holy Shit Shopping zu, einem Design-Weihnachtsmarkt mit Grafik, Kunst und Fotografie am 12. und 13. Dezember im Kraftwerk Berlin (Köpenicker Straße 70). Der Eintritt kostet 5 Euro. 300 Designer und Kreative bieten hier ihre meist einmaligen Produkte an.

Ebenfalls am 3. Adventswochenende kommen Ernährungsbewusste beim ersten vegan-vegetarischen Weihnachtsmarkt im Glashaus der Arena Berlin (Eichenstraße 4) beim Kosten auf ihre Kosten. Ein Wochenende später öffnet das Umspannwerk Kreuzberg in der Ohlauer Straße 43 seine Hallen für „Nowkoelln Weihnachtsflowmarkt“ mit Mode, Secondhand und Design.

Viel Kunsthandwerk ist an den Advents-

wochenenden in Mittes Sophienstraße nahe den Hackeschen Höfen versammelt. Gestricktes, Verziertes, Natürliches und Nahrhaftes findet sich sonnabends bis 20 Uhr und sonntags bis 19 Uhr beim „Umwelt- und Weihnachtsmarkt“ entlang der schmalen, altertümlichen Straße in den Buden und Läden.

Verspielt und traumhaft geht es bei der Nordischen Märchenweihnacht auf dem Gutshof Schloss Britz am 3. und 4. Adventswochenende zu. Hier werden Kerzen gezogen und Krippenfiguren geschnitzt. Der Eintritt kostet 3 Euro.

Stimmungsvoll geht es an den Adventswochenenden auch auf der Domäne Dahlem (Königin-Luise-Straße 49) zwischen Glühwein und Kunsthandwerk zu. Musik und Bastelangebote für Kinder machen aus dem Besuch ein Familienerlebnis. Mit einem Anschnitt eines zwei Meter langen Stollen beginnt am 11. Dezember der Weihnachtsmarkt am Schloss Köpenick. Bis zum 13. Dezember 2015 gibt es ein Bühnenprogramm, abendliches Turmblasen, Punsch, Keramik und Weihnachtsschmuck.

Schmiede- und Webarbeiten sowie Porzellanmalerei sind beim Weihnachtsmarkt auf Lehmanns Bauernhof (Alt-Marienfelde 35) in Tempelhof zu bewundern und zu erwerben. Geöffnet ist am zweiten und dritten Advent von Freitag bis Sonntag vom frühen Nachmittag bis 20 Uhr.

Nur an den Adventssonntagen hat wieder der Weihnachtsmarkt am Winterfeldplatz in Schöneberg geöffnet, sonnabends ist hier normaler Markttag. Spielzeug, Schmuck und Töpferwaren sind im Angebot. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler bieten an den Adventssonntagen Fotoarbeiten, Gemälde, Kleidung und Hüte wieder am Zehlendorfer Mexikoplatz an.

U.H. □

➡ Alle Weihnachtsmärkte unter <http://www.weihnachteninberlin.de>